



V 6458 E

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 3

März 1975

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1975

Aufsätze: Mehrlingsgeburten  
Ausländische Studenten  
Struktur Löhne und Gehälter

Kurzberichte: Krankenversicherung

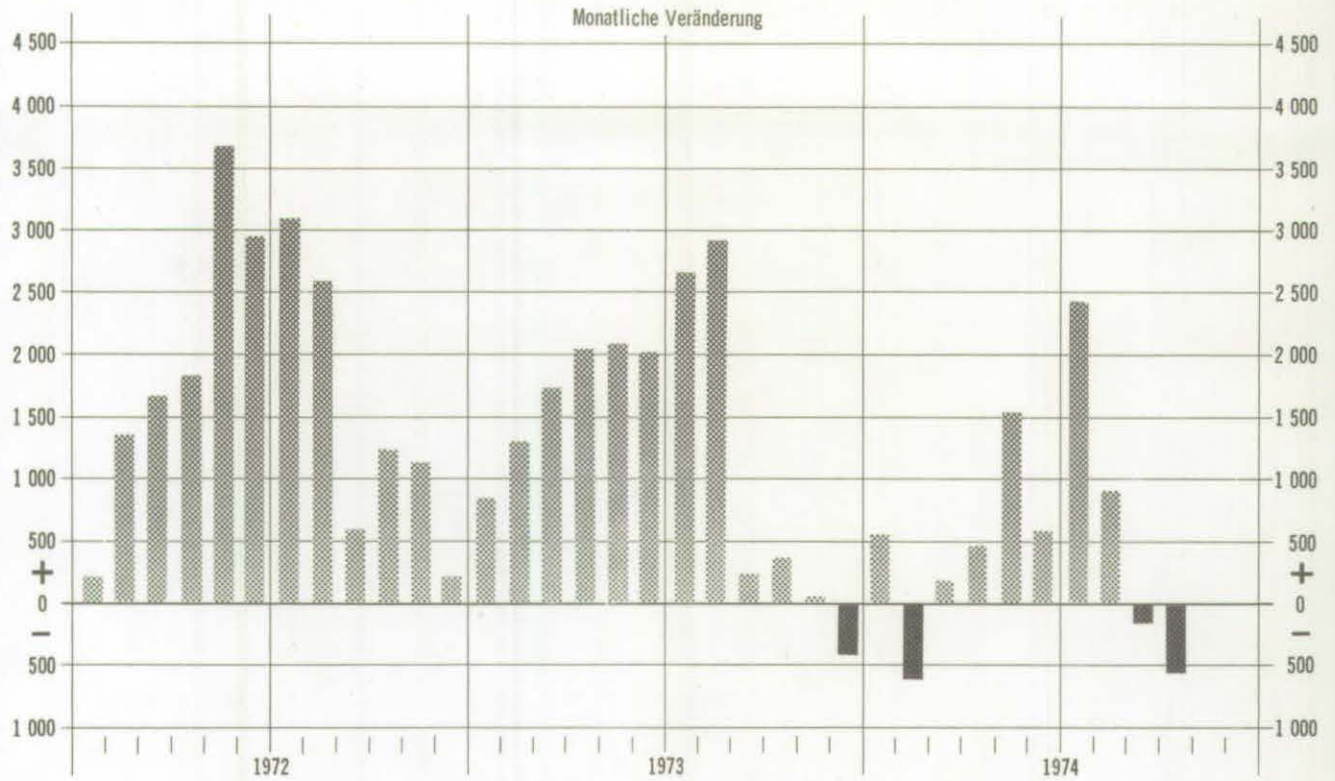
## BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



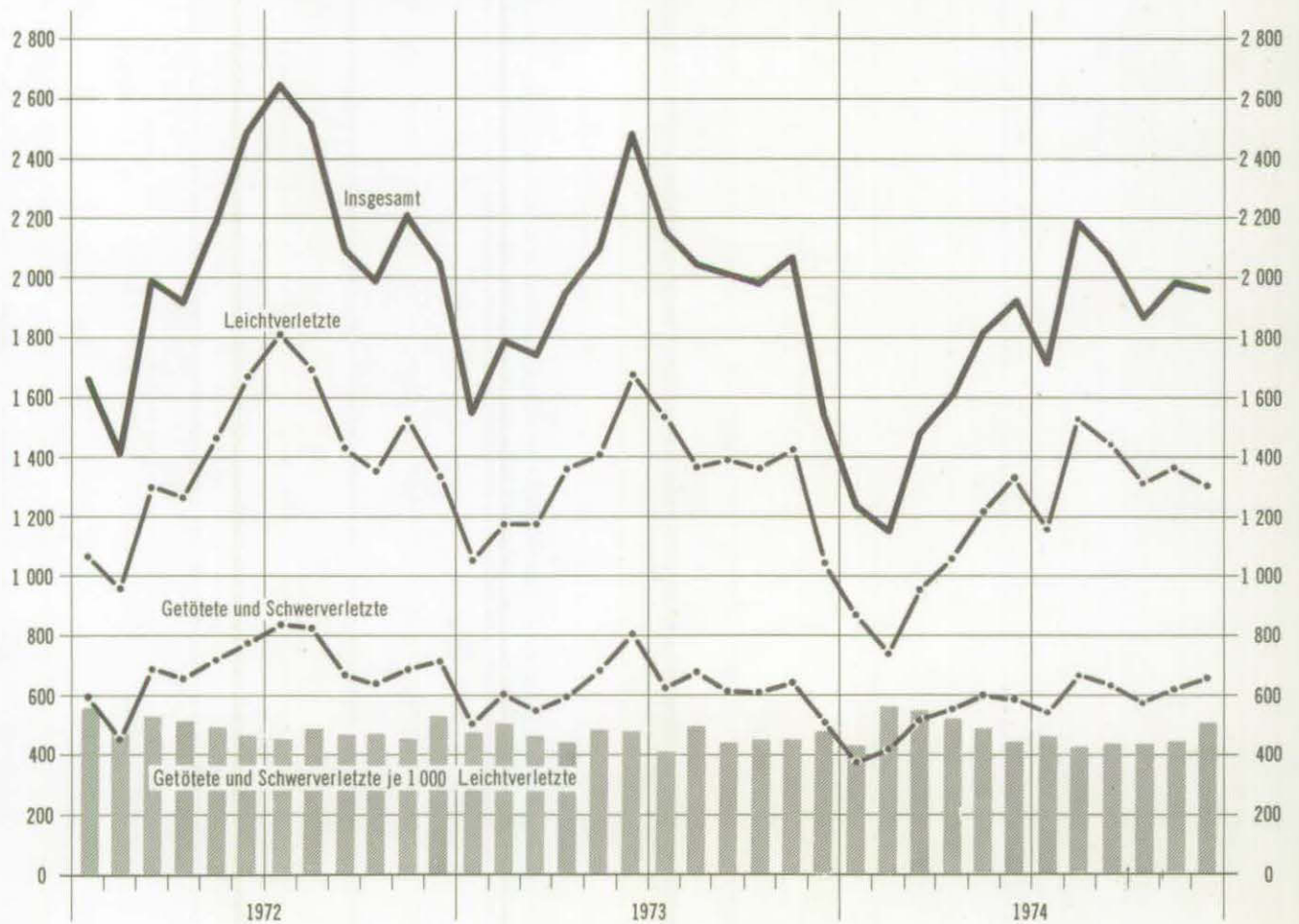
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



# VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 3/75

	Seite
Aktuelle Auslese . . . . .	49
Aufsätze	
Mehrlingsgeburten in Schleswig-Holstein . . . . .	50
Ausländische Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein . . . . .	53
Die Struktur der Löhne und Gehälter . . . . .	57
Kurzberichte	
Die gesetzliche Krankenversicherung . . . . .	71
Grafik des Monats . . . . .	60
Tabellenteil . . . . .	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) . . . . .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten  
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

## Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

### Heft 8 / 1974

Ausländer  
Betriebsstruktur im Gartenbau  
Öffentlicher Tiefbau  
Außenhandel

### Heft 9/10-1974

Fernpendler  
Fremdenverkehr  
Beherbergungskapazität  
Entwicklung im Handwerk

### Heft 11/12-1974

Bevölkerungsereignisse im Bild  
Haushalte und Familien 1970  
Industrieumsätze und -löhne  
Gebäude und Wohnungen 1972  
Rinder- und Schweinehaltung

### Heft 1 / 1975

Altersstruktur der Studenten  
Verarbeitende Industrie 1974  
Industrie-Investitionen 1973  
Investitionen im Baugewerbe  
Die nächste Wohnungszählung

### Heft 2 / 1975

90 Jahre Raiffeisen  
Baugewerbe am Wendepunkt?  
Körperschaftsteuer 1971  
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe





# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 3

März 1975

## Aktuelle Auslese



### Jahresergebnisse bestätigen Schätzung des wirtschaftlichen Wachstums

Nach den ersten durch Jahresergebnisse abgesicherten Berechnungen wurde 1974 in Schleswig-Holstein ein Bruttoinlandsprodukt von 34,8 Milliarden DM erzielt. Damit lag der Wert um 2,9 Milliarden DM oder 9,2 % über dem Ergebnis des Jahres 1973. Bei einer Zuwachsrate im gesamten Bundesgebiet von 7,2 % bedeutet dies wiederum eine überdurchschnittliche Leistung. Beim rein mengenmäßigen Vergleich, der als Maßstab für das wirtschaftliche Wachstum gilt, liegt Schleswig-Holstein sogar an der Spitze der Bundesländer. Damit hat sich das Ergebnis der Schnellberechnungen, in der noch mit Schätzungen gearbeitet worden war, bestätigt.

Die im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet hohe reale Zuwachsrate ist vor allem auf die Entwicklung im warenproduzierenden Gewerbe zurückzuführen, das in Schleswig-Holstein ein Wachstum von 2,9 % verzeichnet, während sich für das gesamte Bundesgebiet sogar ein mengenmäßiger Rückgang von 1,3 % errechnet. Welches Gewicht das warenproduzierende Gewerbe dabei hat, wird daran deutlich, daß es in Schleswig-Holstein 47 % und im gesamten Bundesgebiet sogar 56 % zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Aber auch im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei liegt die Wachstumsrate mit 9,7 % in Schleswig-Holstein noch um 2,2 Punkte über der hohen Rate von 7,5 % des gesamten Bundesgebiets. Andererseits blieben die Entwicklungen in den Wirtschaftsbereichen Handel und Verkehr sowie Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter unter dem Bundesdurchschnitt.

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts 1974 gegenüber 1973 nach Wirtschaftsbereichen

Bereich	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	nominal	real	nominal	real
	%		%	
Land- und Forstwirtschaft	4,9	9,7	2,9	7,5
Warenproduzierendes Gewerbe	7,8	2,9	4,2	- 1,3
Handel und Verkehr	8,0	0,0	9,1	1,1
Dienstleistungsunternehmen	10,7	5,8	9,2	4,9
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	14,3	3,1	15,0	3,7
Bruttoinlandsprodukt insgesamt	9,2	3,3	7,2	0,6



# Mehrlingsgeburten in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein werden zur Zeit jährlich mehr als 200 Zwillingsentbindungen und einige Drillingsentbindungen registriert. 1973 gab es 213 Zwillingsentbindungen (1972: 287) und 5 Drillingsentbindungen (1972: 1). Im Vergleich zur Gesamtzahl von etwa 26 400 Entbindungen (1973) ist dies eine kleine Zahl. In Anbetracht des allgemeinen Interesses aber, das Zwillingskinder oder gar Drillinge vorfinden, sollen hier einige Fakten, die in der amtlichen Geburtenstatistik anfallen, bekanntgegeben werden.

Mit 415 lebendgeborenen Zwillingskindern und 15 Drillingskindern kamen im Jahre 1973 auf 1 000 Lebendgeborene 16 Zwillinge und Drillinge. Seit dem Beginn ihrer statistischen Erfassung in der Nachkriegszeit, d. h. seit 1949, konnten in Schleswig-Holstein nur einmal Vierlinge registriert werden. Es war eine Geburt von 4 Mädchen im Jahre 1970. Von 1868 bis 1938 gab es, soweit feststellbar<sup>1</sup>, sechsmal Vierlinge und einmal Fünflinge. Auf die Seltenheit weist auch die Tatsache hin, daß die Geburtenstatistik der Bundesrepublik für die Jahre 1949 bis 1971 insgesamt nur 24 Vierlingsgeburten und 2 Fünflingsgeburten registriert.

Bezieht man die Aussagen über die Häufigkeit auf die Zahl der Entbindungen, so ergibt sich folgendes:

Auf 94 Einzelentbindungen kam im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1971 eine Zwillingsentbindung und auf 9 430 eine Drillingsentbindung. Die entsprechenden Zahlen für den Bund betragen: auf 94 Einzelentbindungen eine Zwillingsentbindung und auf 10 214 Einzelentbindungen eine Drillingsentbindung.

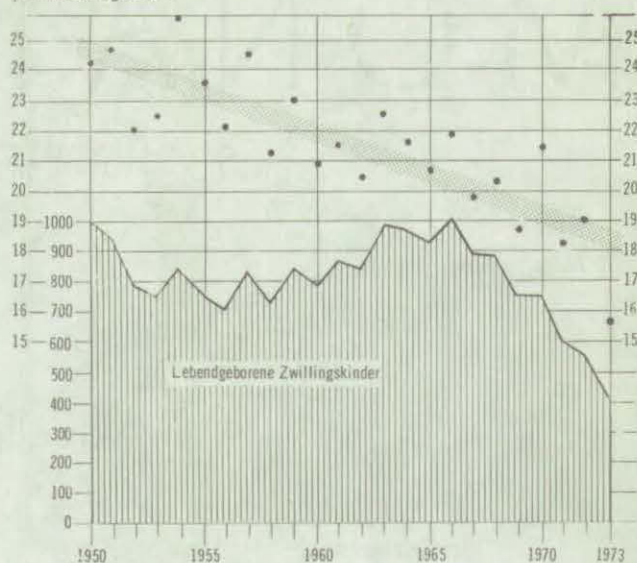
Das erste Bild zeigt die absoluten Zahlen der lebendgeborenen Zwillingskinder sowie die Entwicklung des Anteils der lebendgeborenen Zwillinge auf 1 000 Lebendgeborene überhaupt. Die dargestellte Linie des Trends des Anteils von Zwillingskindern läßt erkennen, daß die Zwillingsgeburten nicht nur wegen des Geburtenrückganges weniger werden, sondern auch wegen ihres eindeutig rückläufigen Anteils an den Geburten. Kamen zu Anfang des dargestellten Zeitraumes noch rund 24 lebendgeborene Zwillingskinder auf 1 000 Lebendgeborene, so ist die Ziffer seit etwa 1969 unter 20 gesunken und scheint auch weiterhin zu sinken. Eine gleiche Entwicklung läßt sich auch für die Mehrlingsgeburten

1) Es fehlen Angaben für das Hzgt. Lauenburg von 1868 bis 1875. Für die Jahre 1939 bis 1948 liegen keine Angaben für Schleswig-Holstein vor (siehe auch Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins Kiel 1967, S. 36)

## Lebendgeborene Zwillingskinder in Schleswig-Holstein

Lebendgeborene Zwillingskinder  
je 1000 Lebendgeborene

D - 4674



im gesamten Bundesgebiet erkennen. Der rückläufige Anteil zeigt sich besonders seit der Mitte der 60er Jahre. Er fällt zusammen mit dem Beginn des überdurchschnittlichen Rückganges der Geburten dritter und weiterer Kinder. Schubnell<sup>2</sup> weist darauf hin, daß "die Beschränkung bei Familien, die schon 4 Kinder hatten, also den "kinderreichen", bereits 1964 eingesetzt hat, ab 1966 beginnen Drei-Kinder-Familien, auf das vierte Kind zu verzichten und nach 1968 Zwei-Kinder-Familien auf das dritte Kind".

Der Rückgang der Mehrlingsgeburten ist kein neues Phänomen. Er wird so lange beobachtet, wie es statistische Aufzeichnungen hierfür gibt. In Schleswig-Holstein z. B. kamen in der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahrhunderts ca. 27 Mehrlingsgeburten einschließlich Totgeburten auf 1 000 Geburten. Wegen der damals sehr hohen Zahl von Totgeborenen lag der Anteil der lebendgeborenen Mehrlingsgeburten allerdings niedriger (1876: 24,9, 1885: 25,5).

Schwedische Statistiken<sup>3</sup> aus dem 18. Jahrhundert registrierten über 17 Mehrlingsgeburten auf 1 000 Niederkünfte. Dies

2) Schubnell: Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschland, Band 6 der Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

3) v. Ungern-Sternberg und H. Schubnell: Grundriß der Bevölkerungswissenschaft (Demographie), Stuttgart 1950 (Die Verfasser weisen darauf hin, daß es zur Lösung dieser Fragen noch eingehender Untersuchungen bedarf. - Unseres Wissens hat es derartige Untersuchungen bisher nicht gegeben.)



entspricht ca. 35 Mehrlingsgeborenen auf 1 000 Geborene.

Von Ungern-Sternberg<sup>3</sup> wurde 1950 darauf hingewiesen, daß die Zahl der Mehrlingsgeburten mit dem Alter der Frau zunimmt. Sie sei am höchsten bei Frauen im Alter von 35 bis 40 Jahren. Ebenso - nach Ungern-Sternberg - wächst die Zahl der Mehrlingsgeburten mit der Geburtenfolge, d. h. die Aussicht, Zwillinge, Drillinge zu bekommen, ist um so größer, je mehr Geburten vorangegangen sind. Wenn diese Beziehungen zwischen der Häufigkeit von Mehrlingsgeburten und dem Alter der Mütter und der Zahl der vorangegangenen Geburten (auch hier ist das Alter der Mütter einbegriffen) zutreffen, dann hätten wir eine Erklärung für den kontinuierlichen Rückgang der Mehrlingsgeburten. Wir brauchen uns nur zu vergegenwärtigen, daß der säkulare Geburtenrückgang einhergeht mit weniger Geburten je Frau, d. h. weniger zweiten, dritten und weiteren Kindern. Das bedeutet aber auch weniger Geburten im höheren Alter einer Frau. Damit scheinen die heutigen Frauen eine geringere Chance zu haben, Mehrlingskinder zu bekommen, als ihre Mütter und Großmütter. Über die biologischen Gründe ist damit allerdings nichts auszusagen.

Im Standardprogramm der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung werden unter anderem die ehelich geborenen Kinder nach der Geburtenfolge dargestellt. Dabei werden auch die zweiten und weiteren Mehrlingskinder aus einer Niederkunft gesondert nach der Ordnungsnummer der Geburt aufgeführt. Daraus läßt sich (zum Teil nur annäherungsweise) der Anteil der Mehrlingsgeburten an jeweils allen als 1., 2., 3. usw. ehelichen Geburten errechnen. An Hand der Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland (1971) ergibt sich folgendes:

Rangfolge der Geburt in der Ehe	Anteil der Mehrlingsgeburten in %
als 1.	0,8
2.	1,0
3.	1,1
4.	1,3
5.	1,5
6.	1,7
7. und weitere	1,6
Insgesamt	1,0

3) v. Ungern-Sternberg und H. Schubnell: Grundriß der Bevölkerungswissenschaft (Demographie), Stuttgart 1950 (Die Verfasser weisen darauf hin, daß es zur Lösung dieser Fragen noch eingehender Untersuchungen bedarf. - Unseres Wissens hat es derartige Untersuchungen bisher nicht gegeben.)

Die Häufigkeit von Mehrlingsgeburten ist demnach bei den in einer Ehe später geborenen Kindern höher als bei den ersten und zweiten Geburten. Mit dem Rückgang der Geburtenhäufigkeit, die ja, wie schon dargestellt, sich in weniger Geburten weiterer Kinder in einer Ehe äußert, muß auch der Anteil aller Mehrlingsgeburten rückläufig sein. Die Mehrlingsgeburten nehmen stärker ab als die Geburten überhaupt.

In der amerikanischen Bevölkerungsstatistik ist eine Darstellung zu finden, in der die lebendgeborenen Mehrlingskinder nach dem Alter der Mutter dargestellt sind. Hier zeigt sich folgende eindeutige Beziehung: mit steigendem Lebensalter bis zum 40., also in der für die Fortpflanzung entscheidenden Phase, steigt der Anteil der Mehrlingskinder, um sich dann in der Periode stark sinkender individueller Fruchtbarkeit wieder rückläufig zu entwickeln.

Alter der Mutter in Jahren	Anteil der lebendgeborenen Mehrlingskinder an allen Lebendgeborenen 1968 <sup>1</sup>
unter 15	8,2
15 bis 19	12,7
20 " 24	18,0
25 " 29	22,6
30 " 34	26,6
35 " 39	30,4
40 " 44	23,2
45 " 49	13,2
Insgesamt	20,1

1) Quelle: Statistical Abstract of the United States 1972, S. 53

Das vorliegende statistische Material in der gegebenen Aufbereitung ermöglicht keine Aussage, ob die Zunahme der Mehrlingsgeburten vom Lebensalter der Frau abhängig ist, oder ob die Häufigkeit der vorangegangenen Geburten eine Rolle spielt. Hier kann nur auf die Zusammenhänge hingewiesen werden.

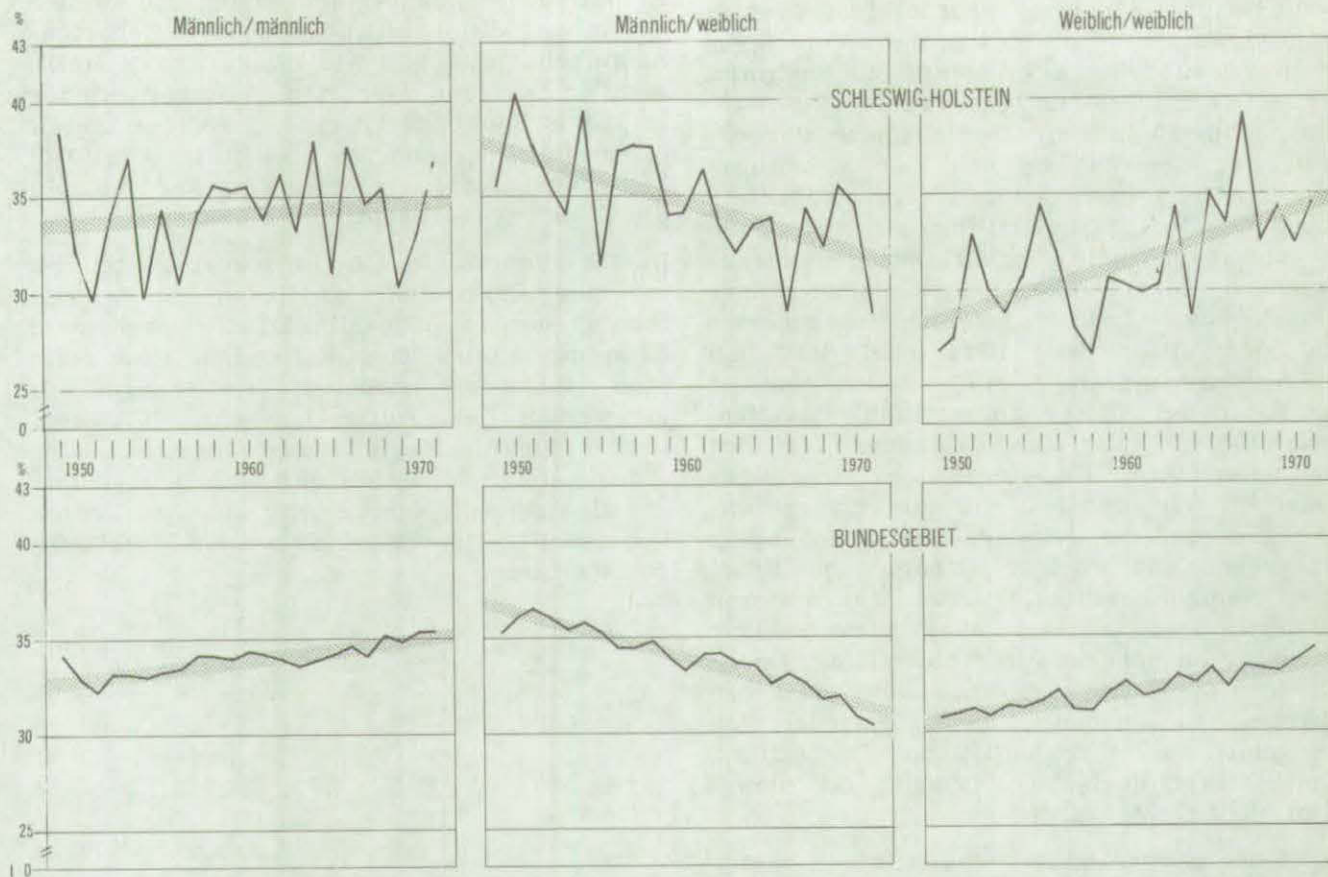
#### Geschlechterproportion der Mehrlingskinder

Von den 19 748 als Mehrlingskind in den Jahren 1949 bis 1971 Lebendgeborenen waren 10 169 Knaben und 9 579 Mädchen. Auf 1 000 lebendgeborene Mädchen kamen 1 062 Knaben. Der Knabenüberschuß ist bei den Mehrlingskindern niedriger als bei den Lebendgeborenen überhaupt. Für den gleichen langen Zeitraum errechnet sich für alle Geburten in Schleswig-Holstein eine Sexualproportion von 1 065. Das große Zahlenmaterial des gesamten Bundesgebietes zeigt ähnliches. Hier ist allerdings der Unterschied noch auffälliger. Für die Jahre 1949 bis 1971 ergibt sich bei



# Die Zwillingsgeburten 1949-1971 in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet nach dem Geschlecht

D - 4675



den Mehrlingskindern eine Sexualproportion von 1 032 und bei allen Lebendgeborenen eine von 1 062.

Bei einer Zwillingsniederkunft gibt es hinsichtlich des Geschlechts der beiden Neugeborenen drei Möglichkeiten: Es kann sich um die Geburt von

- 2 Knaben
- 2 Mädchen
- 1 Knabe und 1 Mädchen handeln.

Man ist geneigt anzunehmen, daß diese drei Möglichkeiten zu gleichen Anteilen vorkommen. Es ist aber festzustellen, daß das nicht zutrifft. In der Spanne von 1949 bis 1971 überwogen in Schleswig-Holstein mit 34,7 die Geburten von gemischten Paaren und mit 34,3% die Geburten von zwei Knaben auf Kosten der Geburten von zwei Mädchen (31,0%).

Auch das Zahlenmaterial für die gesamte Bundesrepublik Deutschland zeigt etwa ähnliche Relationen:

zwei Knaben	34,0%
Knabe/Mädchen	33,9%
zwei Mädchen	32,2%

Betrachtet man diese Entwicklung - im zweiten Bild - über den Zeitraum von 1949 bis 1971, so zeigen sich Zunahmen in der trendmäßigen Entwicklung der Anteile sowohl bei den Zwei-Knaben- wie auch bei den Zwei-Mädchen-Paaren, während der Anteil der gemischten Paare rückläufig ist. Dies ist schon am relativ kleinen Zahlenmaterial des Landes Schleswig-Holstein zu erkennen. Die gleichen Verhältnisse weist aber auch das weitaus umfangreichere Material der gesamten Bundesrepublik aus.

Gerhard Muske



# Ausländische Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein

## Zahl der ausländischen Studenten

Der Anteil der ausländischen Studenten an der Gesamtzahl der Immatrikulierten an der Universität Kiel und den beiden pädagogischen Hochschulen in Schleswig-Holstein ist bis etwa Anfang der 60er Jahre gestiegen. Danach fiel die Quote der ausländischen Studierenden auf ein Niveau, das dann relativ konstant geblieben ist.

Anteil der ausländischen Studenten  
an der Universität Kiel<sup>1</sup> und den pädagogischen Hochschulen

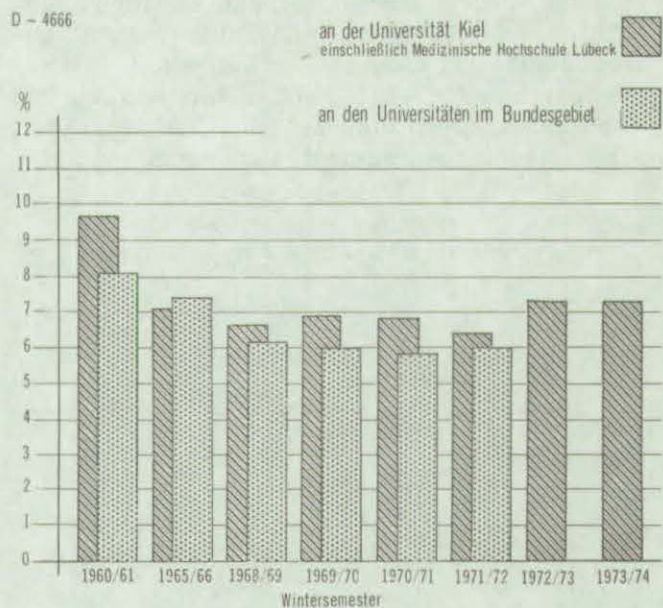
Wintersemester	Studenten		
	insgesamt	Ausländer	in %
1950/51	3 387	20	0,6
1955/56	2 588	202	7,8
1960/61	6 257	511	8,2
1965/66	7 965	475	6,0
1970/71	10 472	585	5,6
1971/72	12 196	643	5,3
1972/73	13 443	766	5,7
1973/74	14 315	803	5,6

<sup>1)</sup> Die Studenten der 1964 gegründeten Medizinischen Akademie Lübeck, die 1973 als Medizinische Hochschule Lübeck verselbständigt wurde, sind zu den Studenten der Universität Kiel gezählt

Im Vergleich zu anderen Hochschularten weisen die pädagogischen Hochschulen eine geringe Ausländerquote auf. Hier schwankte der Anteil der ausländischen Studenten an der Gesamtzahl der Immatrikulierten zwischen dem niedrigsten Wert von 0,7% im Wintersemester 1955/56 und dem höchsten Wert von 1,4% im Wintersemester 1972/73. Diese geringe Nachfrage nach Studienplätzen an pädagogischen Hochschulen durch ausländische Studienberechtigte erklärt sich aus den Besonderheiten des Lehrerberufs. Die Lehrinhalte für die hiesigen Studiengänge des Lehramts an Grund- und Hauptschulen und Realschulen sind stark von der historischen Entwicklung und den gesellschaftspolitischen Gegebenheiten unseres Landes geprägt und können daher nicht ohne weiteres in den Schulen anderer Länder angewandt werden. Andererseits stehen dem Ausländer, der bei uns Lehrer sein will, administrative Hindernisse im Wege. So werden Ausländer grundsätzlich nur dann als Beamte in den Lehrberuf übernommen, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Die Universität dagegen mit ihrem inhaltlich weit gestreuten Studienangebot bietet dem ausländischen Studenten Studienabschlüsse, die

## Anteil der ausländischen Studenten



ihn zur Berufsausübung auch in seinem Heimatland befähigen. Das kann den erheblich höheren Anteil der ausländischen Studenten an der Gesamtzahl der Studierenden an der Universität erklären, der aus dem Bild ersichtlich wird.

Der Anteil der ausländischen Studenten an allen Studierenden der Universität Kiel ist seit dem Wintersemester 1960/61 gefallen und blieb bis zu Beginn der 70er Jahre relativ konstant. In den letzten Semestern ist ein leichter Anstieg dieser Quote zu beobachten.

Verglichen mit dem Anteil der ausländischen Studierenden an der Gesamtzahl der Studenten aller Universitäten im Bundesgebiet zeigt sich, daß die Universität Kiel als repräsentativ für die Höhe der Nachfrage nach Studienplätzen durch ausländische Studenten angesehen werden kann. In den meisten Jahren lagen die Anteilswerte in Kiel knapp über denen des Bundesgebietes. In diesen Vergleich sind auch die wissenschaftlichen Hochschulen mit Universitätsrang<sup>1</sup>, nicht aber die technischen Hochschulen/Universitäten einbezogen worden, um so vom Lehrangebot her die Vergleichbarkeit mit der Kieler Universität zu wahren. Mitgezählt sind dagegen Studenten der pädagogischen Hochschulen, die Universitäten ange-

<sup>1)</sup> z. B. Medizinische Hochschule Hannover, Tierärztliche Hochschule Hannover, Universität Mannheim (Wirtschaftshochschule), Universität Stuttgart-Hohenheim (Landw. Hochschule)



geschlossen sind. Aufgrund der geringen Zahl dieser Hochschulen und der niedrigen Anteilswerte der ausländischen Studenten an den pädagogischen Hochschulen wird die Quote der Ausländer an den Universitäten im Bundesgebiet dadurch kaum beeinflusst.

Mit Inkrafttreten des Fachhochschulgesetzes vom 26.6.1969 sind die früheren Ingenieurschulen und höheren Fachschulen als Fachhochschulen in den Hochschulbereich eingegliedert worden. Die Zahlen für den kurzen Beobachtungszeitraum zeigen, daß der Anteil der ausländischen Studenten zugenommen hat.

Anteil der ausländischen Studenten  
an den Fachhochschulen in Schleswig-Holstein

Wintersemester	Studenten		
	insgesamt	Ausländer	in %
1969/70	3 347	111	3,3
1970/71	3 777	124	3,3
1971/72	4 627	210	4,5
1972/73	4 867	221	4,5
1973/74	4 598	232	5,0

Im Unterschied zu den ausländischen Studenten an den Universitäten kann von den Ausländern an Fachhochschulen angenommen werden, daß sie hier im Lande auch das Examen ablegen wollen und nicht nur einige Semester studieren, um die Sprachkenntnisse zu verbessern oder andere Lehrmeinungen kennenzulernen.

#### Herkunft der ausländischen Studenten

Das Datenmaterial aus dem Wintersemester 1973/74 dient im folgenden dazu, die Verteilung der ausländischen Studenten nach ihrer Staatsangehörigkeit zu untersuchen. Bei dem geringen Anteil der ausländischen Studenten an den Pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg (1,3%) ist über diese keine detaillierte Aussage möglich. Bemerkenswert ist lediglich, daß von den 48 ausländischen Studenten 25 - also über die Hälfte - aus Dänemark kommen. Grund hierfür ist sicherlich die Grenz Nähe der Pädagogischen Hochschule Flensburg.

Die ausländischen Studenten der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck verteilen sich nach ihrer Heimat über die ganze Welt, wenn man davon absieht, daß kein Student aus Australien immatrikuliert war. Dabei wiesen über die Hälfte - nämlich 54% - der 752 ausländischen Studenten die Staatsangehörigkeit eines europäischen, 33% die eines asiatischen, etwa 7% die eines amerikanischen und gut 5% die eines afrikanischen Landes nach.

Aber nicht aus einem europäischen Staat, sondern aus dem Iran stammte das größte Kontingent der ausländischen Studenten. Im Wintersemester 1973/74 hatten über 16% der ausländischen Studenten die persische Staatsangehörigkeit. Wie die dritte Tabelle zeigt, entfielen die nächstgrößten Anteile auf die Studenten aus den skandinavischen Ländern. Bemerkenswert ist allerdings, daß sich mit gut 2% die Quote der dänischen Studenten an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck als relativ gering erwies.

Ausländische Studenten  
an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck  
im Wintersemester 1973/74 nach der Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Studenten	
	Anzahl	in %
Iran	122	16
Norwegen	75	10
Finnland	71	9
Schweden	69	9
USA	46	6
Frankreich	46	6
Griechenland	33	4
Indonesien	32	4
Türkei	21	3
Österreich	19	3
Großbritannien	18	2
Dänemark	16	2

Aus den in der Tabelle genannten 12 Ländern kamen im Wintersemester 1973/74 76% aller ausländischen Studenten. Die übrigen Ausländer waren in Ländern beheimatet, deren Anteile jeweils unter zwei Prozent lagen.

Warum sich die ausländischen Studenten auf die einzelnen Staaten so und nicht anders verteilen, kann nicht allgemeingültig begründet werden. Die günstige geographische Lage der skandinavischen Länder zu Kiel spricht für den hohen Anteil der Studenten aus Norwegen, Finnland und Schweden. Der geringe Anteil dänischer Studenten an der Gesamtheit der ausländischen Studierenden der Kieler Universität widerspricht dem aber. Die Annahme, daß die Quote ausländischer Studenten mit der Nähe der jeweiligen Heimatländer steigt, paßt auch nicht zu den Zahlen der Studenten aus dem Iran, den USA und Indonesien, die aus weit entfernten Ländern stammen. Zur Erklärung der Mobilität der Studenten über die eigene Staatsgrenze hinweg müssen weitere Faktoren genannt werden. Einer ist sicher die Wirtschaftskraft eines Landes, und zwar aus unterschiedlichen, entgegengesetzten Gründen. Einerseits nämlich wird ein Staat mit einem geringen Sozialprodukt nur relativ kleine Summen für den Hochschulbau aufwenden können, und das nicht ausreichende Studienangebot im Heimatland führt dann zu einem Auslandsstudium. Andererseits ermöglicht



häufig erst die hohe Wirtschaftskraft eines Staates seinen Studenten ein Studium im Ausland, sei es, daß die Einkommensverteilung vielen Studenten die Kosten eines Auslandsstudiums zu tragen erlaubt, sei es, daß der Staat sie finanziert.

Aber auch die wirtschaftlichen Gegebenheiten des Hochschullandes müssen für die Erklärung der Quote der ausländischen Studenten bedacht werden. Ein Land mit einem relativ niedrigen Preisindex für die Lebenshaltung wird sicher bevorzugt für ein Auslandsstudium gewählt, vor allem dann, wenn dazu noch der Arbeitsmarkt so strukturiert ist, daß auch für ausländische Studenten günstige Verdienstmöglichkeiten neben dem Studium bestehen.

Neben der geographischen und der wirtschaftlichen Lage des Studien- und Herkunftslandes wirken auch die politischen und kulturellen Beziehungen der jeweiligen Staaten auf die Entscheidung eines Studenten, sein Studium in einem fremden Land aufzunehmen. Schließlich spielt auch die unterschiedlich ausgeprägte Mentalität der ausländischen Studenten für die Wahl einer Hochschule in einem fremden Land eine Rolle. Das kann sich darin äußern, daß an Hochschulen, wo bereits einige Studenten eines Landes immatrikuliert sind, immer mehr Landsleute folgen. Dieses Zusammengehörigkeitsbedürfnis wird den persischen und arabischen Studenten nachgesagt.

Die ausländischen Studenten an den Fachhochschulen und der Musikhochschule Lübeck<sup>2</sup> kommen ebenfalls aus Ländern aller Erdteile, wenn man auch hier von Australien absieht. Im Gegensatz zur Universität Kiel stammen allerdings die ausländischen Studenten an den Fachhochschulen zum größten Teil aus asiatischen Ländern. Im Wintersemester 1973/74 waren knapp 44% der 232 ausländischen Studenten in Asien, gut 38% in Europa, fast 9% in Afrika und rund 8% in Amerika beheimatet; nur wenige Studenten gaben keine Staatsangehörigkeit an. Auch in den weiter zurückliegenden Semestern zeigte sich eine ähnliche Verteilung der ausländischen Studenten nach Herkunftsländern und Kontinenten, wie sie in der folgenden Tabelle dargestellt ist.

Etwa zwei Drittel der 232 Ausländer der Fachhochschulen und der Musikhochschule stammen aus den zehn in der Tabelle genannten Ländern.

Die Vielfalt der Nationalitäten der ausländischen Studenten an den Fachhochschulen ist sehr hoch: Um darzustellen, woher die

Ausländische Studenten  
an den Fachhochschulen und der Musikhochschule Lübeck  
im Wintersemester 1973/74 nach der Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Studenten	
	Anzahl	in %
Iran	66	28
Türkei	39	17
Indonesien	9	4
Österreich	9	4
Nigeria	8	3
Griechenland	5	2
Dänemark	5	2
Niederlande	5	2
Süd-Vietnam	5	2
Schweiz	5	2

ausländischen Studenten kommen, müßten etwa 50 Länder genannt werden. Neben dieser breiten Verteilung der ausländischen Studenten fällt der sehr hohe Anteil persischer und türkischer und der niedrige Prozentsatz skandinavischer Studenten auf.

#### Ausländische Studenten nach Studienbereichen

Von den 752 ausländischen Studenten im Wintersemester 1973/74 an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck bevorzugten gut 37% das Medizinstudium und knapp 24% ein mathematisch-naturwissenschaftliches Studium. In den Naturwissenschaften sind es dabei vor allem die Studienfächer Geologie/Mineralogie, Chemie, Biologie und Physik, die von den Ausländern nachgefragt werden. Geisteswissenschaften studierten knapp 16% der ausländischen Studenten, wobei erwartungsgemäß für das Studienfach Deutsch die häufigsten Einschreibungen von Ausländern vorlagen. Im Fachbereich der Landwirtschaft waren 9% der ausländischen Kommilitonen eingeschrieben und Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studierten rund 7%. Eine Lehramtsprüfung strebten von den ausländischen Studenten gut 6% an, wobei vor allem die Lehrbefähigung an Gymnasien als Abschlußwunsch angegeben wurde. Die übrigen ausländischen Studenten hatten sich in den Fachbereichen der Theologie und Rechtswissenschaften eingeschrieben.

Die in der Tabelle dargestellte Häufigkeitsverteilung zeigt, daß Studenten bestimmter Staaten einen Fachbereich besonders stark nachfragen. Dabei lassen sich drei Ländergruppen bilden. Zu der einen Gruppe gehören Iran, Syrien, Jordanien, Irak, Türkei und Griechenland. Studenten aus diesen Ländern bevorzugen Studiengänge in den Naturwissenschaften. Das kann unter anderem dadurch erklärt werden, daß für diese Staaten ein hoher Nachholbedarf an technischen Fachleuten besteht, der im jetzigen Entwicklungsstand

2) Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein vom 2. 5. 1973 gehörte die Musikhochschule Lübeck zu den Fachhochschulen



Ausländische Studenten der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck  
im Wintersemester 1973/74 nach Staatsangehörigkeit und Fachbereich

Staats- angehörigkeit	Studenten  Anzahl	davon im Fachbereich						
		Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften	Geisteswissen- schaften	Naturwissen- schaften	Medizin	Landwirt- schaft	Lehramts- fächer	Rechtswissen- schaften
		in %						
Iran	122	12	5	45	13	25	-	-
Syrien	12	8	-	50	42	-	-	-
Jordanien	13	-	-	62	23	15	-	-
Irak	9	-	11	34	33	11	-	11
Türkei	21	10	5	43	14	28	-	-
Griechenland	33	18	15	49	6	12	-	-
USA	46	13	56	11	7	2	11	-
Frankreich	46	-	41	9	4	-	46	-
Großbritannien	18	6	56	6	11	-	16	5
Dänemark	16	6	44	19	-	-	31	-
Norwegen	75	-	1	-	99	-	-	-
Finnland	71	4	13	6	70	-	6	1
Schweden	69	1	9	3	83	3	1	-

dieser Länder noch nicht voll durch eigene Bildungseinrichtungen gedeckt werden kann. Erwähnt werden muß auch, daß Studenten aus Entwicklungsländern unter anderem dann Stipendien erhalten, wenn sie im Ausland ein Studium aufnehmen, das für die wirtschaftliche und technische Entwicklung des Heimatlandes von Bedeutung ist. Das trifft vor allem für Studiengänge in den Naturwissenschaften und in der Landwirtschaft zu. Für den hohen Anteil persischer Studenten im Fachbereich Landwirtschaft spricht neben den hier genannten Gründen auch die Tatsache, daß dieses Studium nur an wenigen Hochschulen im Bundesgebiet möglich ist, auf die sich deshalb die Nachfrage konzentriert.

Studenten aus Ländern mit einer höheren technischen Entwicklung, wie die USA, Frankreich, Großbritannien und Dänemark, sind dagegen zum größten Teil in dem Fachbereich der Geisteswissenschaften eingeschrieben. Diese Länder verfügen über ein ausreichendes eigenes Bildungsangebot sowohl für naturwissenschaftliche Studiengänge als auch für die Geisteswissenschaften. Daß dennoch relativ viele Studenten aus diesen Ländern geisteswissenschaftliche Fächer an der Universität Kiel studieren, mag daran liegen, daß das Studium der deutschen Sprache, Geschichte und Kultur an einer deutschen Hochschule besonders intensiv ist und daß sein Erfolg durch ein mehrmonatiges bis mehrjähriges Leben in der Bundesrepublik noch verstärkt werden kann. Diese Überlegungen sind in einigen Fällen auch in Studienordnungen umgesetzt. Für englische Studenten der Germanistik ist es z. B. Pflicht, daß sie mindestens ein Semester dieses Fach an einer deutschen Hochschule studieren.

Außerdem sind bei ausländischen Studenten Sprachkenntnisse des Studienlandes für das Verständnis der Geisteswissenschaften noch wichtiger als bei einem naturwissenschaftlichen Studium, wo häufig die Kommunikation mittels mathematischer Symbole und Formeln möglich ist. Studenten aus den USA, Frankreich, Großbritannien und Dänemark bringen in vielen Fällen Kenntnisse der deutschen Sprache schon aus der Schule mit und sind somit besser auf ein Studium der Geisteswissenschaften an deutschen Hochschulen vorbereitet als Studenten aus Ländern, in denen die deutsche Sprache nicht oder kaum unterrichtet wird.

Auffällig ist die relativ hohe Quote französischer Studenten, die Lehramtsfächer belegten. Wenn es sich hier um überwiegend geisteswissenschaftliche Fächer handelt, gelten die schon erwähnten Argumente. Hinzu kommt, daß zwischen Frankreich und der Bundesrepublik "Äquivalenzvereinbarungen" bestehen, d. h. Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Prüfungen, so daß die Möglichkeit der späteren Berufsausübung im Heimatland von dieser Seite her gewährleistet ist. Da außerdem diese französischen Studenten zum größten Teil das Lehramt an Gymnasien anstreben, gelten die für die Lehramtskandidaten an Grund- und Hauptschulen und Realschulen genannten Argumente nicht: Für das Lehramt an Gymnasien ist das Studium auf zwei Studienfächer spezialisiert. Vom Lehrinhalt können die Fächerkombinationen so gewählt werden, daß sie dem Interessengebiet des Ausländers entgegenkommen.

Eine dritte Ländergruppe setzt sich aus Norwegen, Finnland und Schweden zusammen.



Studenten aus diesen Ländern studieren zum überwiegenden Teil Medizin. Ähnlich wie mit Frankreich hat die Bundesrepublik mit den drei skandinavischen Ländern ein Abkommen getroffen, das die gegenseitige Anerkennung der Zugangsberechtigung zum Hochschulstudium garantiert. Das bedeutet, daß die Studenten aus diesen Ländern nicht vorweg das Studienkolleg besuchen müssen, sondern direkt das Studium in der Bundesrepublik aufnehmen können. Studenten aus Norwegen, Finnland und Schweden erhalten zudem vom Staat zinsgünstige Darlehen, wenn sie im Ausland ein Medizinstudium aufnehmen. In diesen Ländern besteht außerdem - wie an den deutschen Hochschulen - für das Studium der Medizin der Numerus clausus. Der Staatsvertrag über die Vergabe der Studienplätze an den deutschen Hochschulen sieht aber vor, daß vorweg 8% der verfügbaren Studienplätze an ausländische Studenten zu vergeben sind, so daß sie nicht mit den einheimischen Studenten konkurrieren müssen. Das Zusammentreffen der vorstehenden

Faktoren mag den hohen Anteil skandinavischer Studenten im Fachbereich Medizin erklären.

Die Fachhochschulen in Schleswig-Holstein bieten zum weitaus größten Teil ingenieurwissenschaftliche Abschlüsse an, in denen über 75% der ausländischen Studenten an Fachhochschulen im Wintersemester 1973/74 eingeschrieben waren. Die übrigen Studierenden belegten künstlerische, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Studiengänge. Dabei fällt auf, daß die Ingenieurwissenschaften hauptsächlich von Studenten aus dem Iran und der Türkei bevorzugt werden; gut 45% der ausländischen Studenten an den Fachhochschulen wiesen die Staatsangehörigkeit eines dieser beiden Länder nach. Wie bei den ausländischen Studenten im Fachbereich Naturwissenschaften kann auch hier der hohe Nachholbedarf an technischem Wissen und das zur Zeit noch unzureichende Bildungsangebot im eigenen Land als eine mögliche Erklärung genannt werden.

*Friedrich-Karl Warneck*

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht B III 1

## Die Struktur der Löhne und Gehälter

Die laufenden Erhebungen der amtlichen Statistik über die Verdienste in Industrie und Handel ermitteln gewichtete Durchschnittswerte. Wenngleich die Ergebnisse gelegentlich als Aussage über die absolute Höhe der Verdienste benutzt werden, haben diese Erhebungen doch ihren Hauptzweck darin, die Veränderung der Verdienste einzelner Branchen aufzuzeigen und die Entwicklung des Verdienstniveaus zu dokumentieren. Weil sie im Summenverfahren gewonnen werden, ist jedoch eine Information, die für sozial- und lohnpolitische Fragen wichtig ist, nicht enthalten: Wie verteilen sich die einzelnen Empfänger von Arbeitseinkommen über die ganze Breite der vorkommenden Verdienste, Arbeitszeiten, gesetzlichen Abzüge usw.? Eine solche Aussage setzt individuelle, die sogenannte Gehalts- und Lohnstruktur-Erhebung voraus. Da diese Art Ermittlung für die berichtspflichtigen Unternehmen erheblich mehr Arbeit mit sich bringt, wird sie nur in 6jährigen Abständen (nach bisherigem deutschen Recht) veranstaltet. Zuletzt geschah dies für den Oktober 1972.

Die Gehalts- und Lohnstruktur-Erhebung bezieht nur eine Stichprobe ein - wie auch bei den laufenden Verdiensterhebungen -, die in diesem Falle ein Fünftel bis ein Viertel

der vorhandenen Arbeiter und Angestellten umfaßte. Einzelheiten der Methode und der Begriffsbestimmungen sowie die tabellarischen Ergebnisse sind als Statistischer Bericht N/Lohnstruktur 1972 mit 206 Seiten A 4 am 14. 10. 1974 erschienen. Im folgenden sollen die wichtigsten Ergebnisse, durch Überlegungen zur Methode ergänzt, geschildert werden.

Das angewendete Stichprobenverfahren führte zur Einbeziehung von 48 500 Arbeitern und 26 700 Angestellten. Diese repräsentieren 214 000 vorhandene Arbeiter und 137 000 Angestellte. Wenn immer im folgenden eine Anzahl von Arbeitnehmern genannt wird, dann handelt es sich um diese "hochgerechnete" Zahl.

### Die Personen

Unter den Arbeitern waren 18% Frauen, unter den Angestellten 50%. Diese Anteile werden in einzelnen Wirtschaftszweigen ganz erheblich über- und unterschritten, oder anders gesagt, die Branchenstruktur der männlichen Arbeiter ist durchaus von der der weiblichen Arbeiter verschieden, und sie ist auch bei den männlichen Angestellten anders als bei den weiblichen.



Die wenigsten weiblichen Arbeiter gibt es im Baugewerbe, nämlich weniger als ein halbes Prozent. Im Großhandel, Stahlbau, Schiffbau, Straßenfahrzeugbau, Industrie der Steine und Erden liegt ihr Anteil zwischen 1% und 5%. Anteile von 5 bis 10% erreichen die Frauen unter den Arbeitern der Energiewirtschaft, des Maschinenbaus und der Möbelindustrie. Hierbei werden nur die nach der Zahl der Arbeiter bedeutenderen Zweige (ab 4 000 Arbeiter) genannt. Über dem Durchschnitt, und zwar mit 30 bis 50% Frauenanteil, finden sich die Elektrotechnik, die Feinmechanik, Herstellung von Eisen-, Blech-, Metallwaren und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Spitzenanteile erreichen die Frauen im Textilgewerbe (65%) und im Bekleidungs-gewerbe (88%).

Die Streuung der Frauenanteile ist bemerkenswert groß, sie reicht von 0,5% bis 88%, und 16 Branchen sind erwähnenswert, weil sie bei 4 000 oder mehr Arbeitern entweder einen Frauenanteil von unter 10% oder von über 30% aufweisen. Der Rest der Wirtschaftszweige ist entweder kleiner als 4 000 Arbeiter oder befindet sich in der Mittelgruppe mit Frauenanteilen zwischen 10% und 30% (der Mittelwert beträgt 18%).

Unter den Angestellten sind die Unterschiede im Frauenanteil viel geringer. Nur 7 Branchen sind aufgrund ihrer Beschäftigtenzahl (über 2 500 Angestellte) und eines nennenswert vom Mittel (50%) abweichenden Frauenanteils erwähnenswert, 6 davon liegen unter 40%, eine über 70%. Die wenigsten Frauen unter den Angestellten gibt es mit 19% im Schiffbau, nur 22% sind es in der Energiewirtschaft, 37 bis 38% im Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau und Baugewerbe. Hiermit sind die bedeutenden "Männer-Branchen" genannt, denn auch unter den Arbeitern waren dort relativ wenige Frauen. Anders in der Elektrotechnik mit ebenfalls nur 32% Frauenanteil unter den Angestellten, jedoch einem relativ hohen Frauenanteil unter den Arbeitern. Den Spitzenplatz nimmt der Einzelhandel ein, wo 75% der Angestellten weiblichen Geschlechts sind. Da es dort so gut wie keine Arbeiter gibt, sind sie nicht erhoben worden und der Vergleich kann nicht angestellt werden.

Die Frage der Frauenarbeit legt noch eine andere Betrachtungsweise nahe, nämlich in welchen Wirtschaftszweigen und in welcher Beschäftigtenkategorie sich die meisten arbeitenden Frauen befinden.

Die weitaus größte einheitliche Gruppe unter den Frauen sind die Angestellten im Einzelhandel, nämlich 27% aller weiblichen Arbeiter und Angestellten. Es folgen die Arbeiterinnen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie

- die hier, nicht ganz systemgerecht, wegen ihrer inneren Homogenität als ein "Zweig" gerechnet wird -, die weiblichen Angestellten im Großhandel und die bei den Kreditinstituten, womit schon fast die Hälfte aller Frauen genannt sind (48%). Die Arbeiterinnen im Bekleidungs-gewerbe und in der Elektrotechnik sowie die weiblichen Angestellten der Nahrungs- und Genußmittelindustrie führen kumuliert schon auf 61%.

Die 21 Branchen mit den meisten Frauen (jeweils über 1 000, wobei die weiblichen Arbeiter und die weiblichen Angestellten jeweils für sich gezählt wurden) beschäftigen 85% der Gesamtzahl der Frauen, und zwar 82% der Arbeiterinnen und 87% der weiblichen Angestellten.

Weibliche Arbeitnehmer in Industrie und Handel  
im Oktober 1972

ausgewählte Branchen mit mehr als 1 000 weiblichen Arbeitern oder Angestellten

Branche	Weibliche		Frauen zusammen kumuliert	
	Arbeiter	Angestellte	Anzahl	%
Einzelhandel		28 900	28 900	27,0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	7 900		36 800	34,4
Großhandel		7 600	44 400	41,4
Kreditinstitute		6 900	51 300	48,0
Bekleidungs-gewerbe	5 200		56 500	52,9
Elektrotechnik	5 100		61 600	57,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrie		3 400	65 000	60,8
Maschinenbau		3 100	68 100	63,7
Baugewerbe		2 900	71 000	66,5
Textilgewerbe	2 900		73 900	69,2
Herstellung von EBM-Waren	2 200		76 100	71,2
Elektrotechnik		2 000	78 100	73,1
Druckerei	1 950		80 050	74,9
Feinmechanik, Optik	1 750		81 800	76,6
Chemische Industrie	1 720		83 520	78,2
Papier- und Pappeverarbeitung	1 470		84 990	79,5
Versicherungsgewerbe		1 420	86 410	80,9
Straßenfahrzeugbau		1 380	87 790	82,2
Kunststoffverarbeitung	1 210		89 000	83,3
Druckerei		1 080	90 080	84,3
Feinmechanik, Optik		1 050	91 130	85,3
Zusammen	31 400	59 730	91 130	85,3

Die bisher verwendeten Zahlen bezogen sich auf die Gesamtzahl aller Arbeiter oder Angestellten, also einschließlich der Teilzeitbeschäftigten, der Lehrlinge und derer, die wegen Krankheit, unbezahlten Urlaubs, Beginn oder Beendigung des Arbeitsverhältnisses im Erhebungsmonat keinen vollen Verdienst erzielt haben. Im folgenden werden nur jeweils die Voll- oder Teilzeitbeschäftigten betrachtet, die für den ganzen Erhebungsmonat oder sogar das ganze Jahr Lohn oder Gehalt erhalten haben. Die Zahl der irregulären Nicht-Normalverdiener des Erhebungsmonats ist bei den Arbeitern mit 6,4% (Männer) und 10,8% (Frauen) etwas größer



als bei den Angestellten, wo sie 1,2% (Männer) und 6,9% (Frauen) ausmacht.

### Wochenarbeitszeit

Wie eingangs gesagt, ist das Besondere an einer Individualerhebung die Möglichkeit, zu zeigen, wie sich die Arbeiter oder Angestellten einer Branche, eines Geschlechts, einer bestimmten Qualifikationsstufe usw. oder auch der Gesamtheit auf Klassen eines untersuchten Merkmals verteilen. Als erstes Merkmal soll die Wochenarbeitszeit in dieser Weise untersucht werden. Es handelt sich um die Zahl der bezahlten Stunden, d. h. einschließlich einiger Stunden, die auch ohne Arbeit aufgrund gesetzlicher oder tariflicher Bestimmungen zu bezahlen sind, und einschließlich der mit Zuschlag bezahlten Mehrarbeitsstunden, die nur bei Arbeitern vorkommen.

Bildet man Klassen für je eine Stunde, so ist bei den Arbeitern eine bestimmte Klasse mit 15,5% aller Arbeiter am stärksten besetzt, nämlich die mit 39 - 40<sup>1</sup> Stunden bezahlter Arbeitszeit in der Woche. Bei den Frauen überragt dieselbe Klasse mit 36% die anderen Klassen sogar noch weit stärker. 39 - 43 Stunden arbeiteten 68% aller Arbeiterinnen, also zwei Drittel, während es bei den Männern nur 40% sind. Kürzer arbeiten nur 5,2% der Männer, aber 15,5% der Frauen. Umgekehrt galt für 55% der männlichen, aber nur für 17% der weiblichen Arbeiter eine Wochenarbeitszeit von 43 und mehr Stunden, wobei über 50 Stunden nur von 3,6% der Frauen, aber von 22,6% der Männer gearbeitet wurde.

In einigen Wirtschaftszweigen herrscht eine bestimmte Arbeitszeit stärker vor als im allgemeinen. Die Besetzung der stärksten Klasse ist dann weit höher als die 15,5% (Männer) in der Summe aller erfaßten Wirtschaftszweige. Fast die Hälfte arbeiten in der Mineralölverarbeitung 41 - 42 Stunden, 48% sind es in der Elektrizitätsversorgung, 31% im Straßenfahrzeugbau. Zwei Klassen darunter, also 39 - 40 Stunden, arbeiteten sogar 62% in der Tabakverarbeitung, 41% in der Brauerei und Mälzerei, 35% in der Feinmechanik und Optik, 34% in der Elektrotechnik und 30% in der Feinkeramik. Bei den Frauen finden sich alle auffallenden Konzentrationen nur in dieser niedrigen Klasse mit 39 - 40 Stunden, und zwar gilt diese Wochenarbeitszeit für 54% in der Elektrotechnik, für 52% in der Chemie und in der Herstellung von EBM-Waren, für 50% in der Feinmechanik und Optik und für 42% in der Papier- und Pappverarbeitung.

Den Rekord an einheitlicher Arbeitszeit hält aber - wie bei den Männern - die Tabakverarbeitung, wo die 39 bis unter 40 Stunden für 96% aller Arbeiterinnen, also fast für alle, gelten.

Nennenswerte Besetzungen, also mehr als 10%, in einzelnen Klassen ab 44 Stunden gibt es bei den Arbeitern immerhin noch in 4 Zweigen, nämlich der Brotindustrie mit 15%, der Fleischwarenindustrie mit 11% und den Mühlen sowie der Fleischerei mit je 10%. Bei den Frauen ist nur ein solcher Zweig vorhanden, nämlich die Obst- und Gemüseverarbeitung, wo 11% 44 - 45 Stunden arbeiten.

Bei diesen und den folgenden Betrachtungen werden immer nur solche Zweige einbezogen, die überhaupt bei dieser Erhebung ausreichend besetzt sind, um haltbare Vergleiche zu ermöglichen. Es mag also andere Zweige geben, für die nur deshalb nichts gesagt wird, weil sie zu wenige Beschäftigte aufweisen, auch wenn sie hinsichtlich des untersuchten Merkmals eine bemerkenswerte oder gar extreme Position einnehmen mögen. Bezüglich der Arbeitszeit muß bedacht werden, daß in die obige Auswertung keine Teilzeitbeschäftigten einbezogen worden sind. Der Ausfall ist bei den Männern verschwindend gering, bei den Frauen beträgt er aber gut ein Fünftel. Deshalb sei noch die Gruppe der Teilzeitbeschäftigten betrachtet.

Zu ihr gehören 1 000 Arbeiter, das sind 0,7% aller Arbeiter, aber 7 300 Arbeiterinnen, das sind 22% aller Arbeiterinnen. Hier zeigt sich deutlich, daß Teilzeitarbeit nur für Frauen, dort aber von erheblicher Bedeutung ist. Es kommen Wochenarbeitszeiten von unter 5 Stunden (3% der Männer, 1% der Frauen) bis 35 und mehr Stunden vor (2% bei beiden Geschlechtern). Die größte Besetzung der Einzelstunden-Klassen liegt für die Männer bei 27 - 28 Stunden (9%), die am stärksten besetzten 4-Stunden-Klassen sind die von 24 - 28 Stunden mit zusammen 26% der männlichen Arbeiter. Bei den Frauen sind die einzelnen Klassen 19 - 20 Stunden und 24 - 25 Stunden mit je 8% die größten und die 4-Stunden-Klasse von 24 - 28, also wie bei den Männern, mit 25%, also ebenfalls einem Viertel aller Teilzeitarbeiter. Von den Zweigen sind zu wenige ausreichend besetzt, um einen von ihnen herauszustellen.

Im Vergleich der Verteilungen auf Arbeitszeitklassen der Voll- und der Teilzeitbeschäftigten zeigen erstere eine deutlich stärkere Konzentration auf bestimmte mittlere Klassen, während Teilzeitarbeiter viel breiter gestreut mit allen möglichen Wochenarbeitszeiten vorkommen. Dieses Ergebnis dürfte der Erwartung entsprechen.

1) bedeutet genau: 39 bis unter 40



# LANDESHAUSHALT 1975

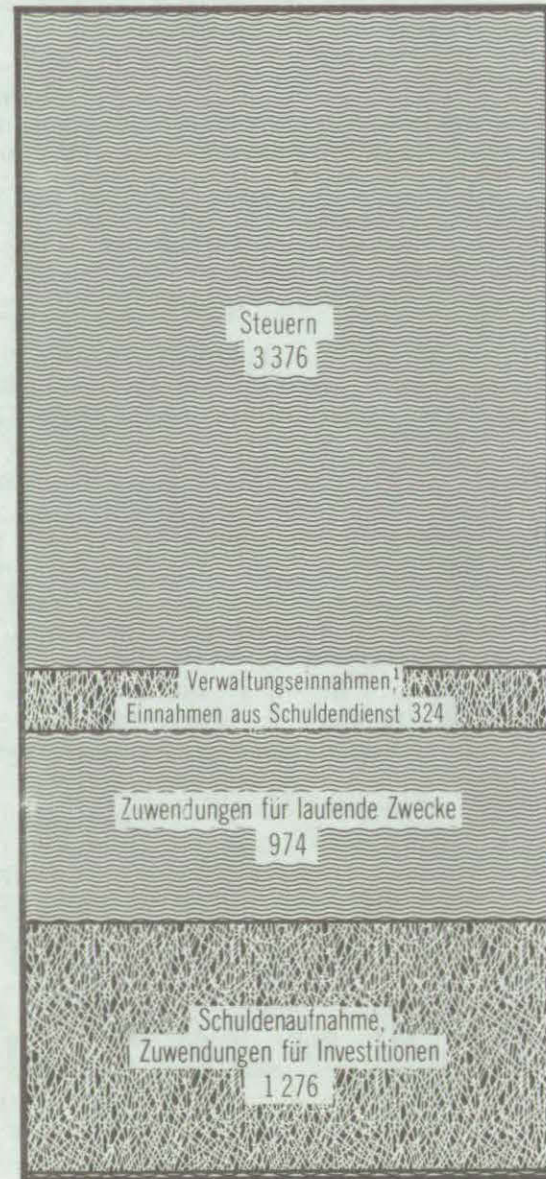
- Haushaltsansatz in Millionen DM -



NACH AUFGABEN-  
BEREICHEN

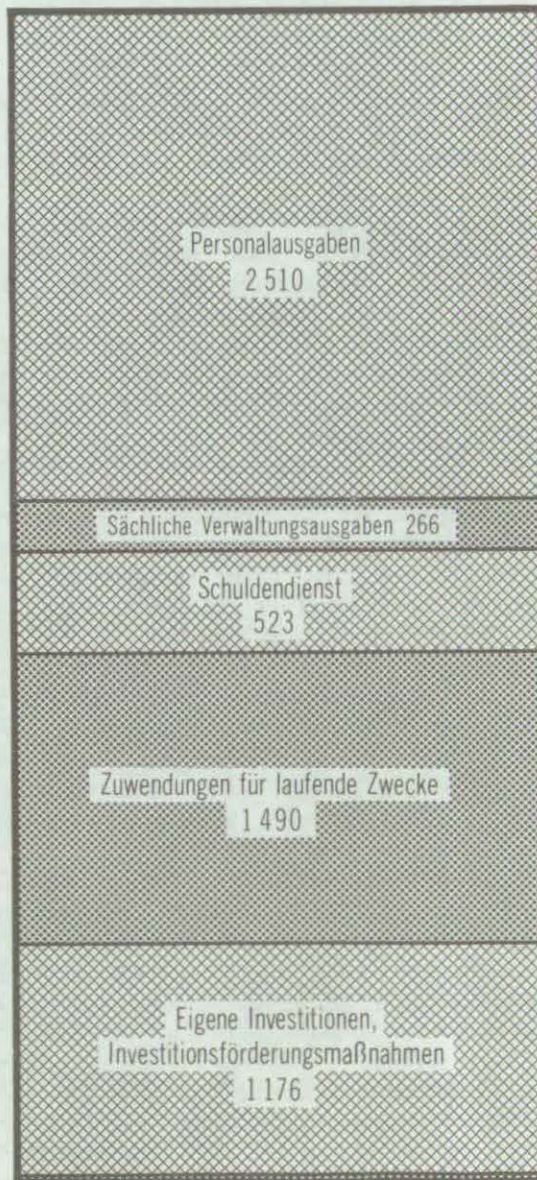
## EINNAHMEN

NACH  
ARTEN



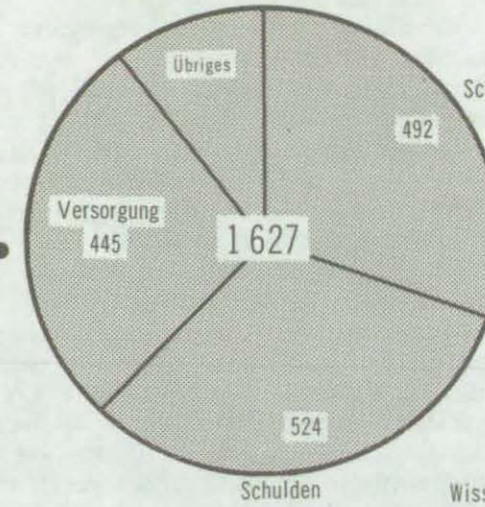
5984

## AUSGABEN

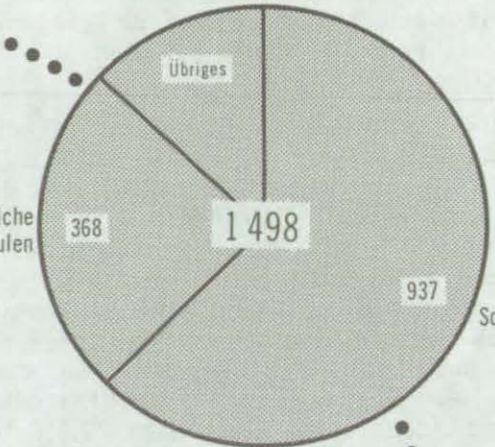


5984

## Allgemeine Finanzwirtschaft



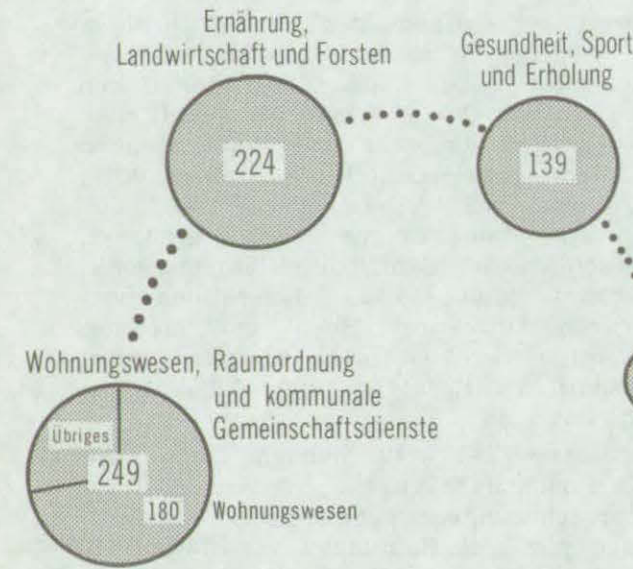
## Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten



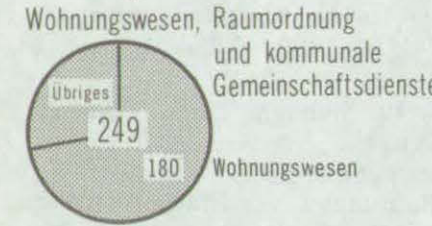
## Allgemeine Dienste



## Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung



## Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen



## Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen



1) einschließlich steuerähnliche Einnahmen



Wie oben gesagt, gehören Mehrarbeits(Über)-Stunden zur bezahlten Arbeitszeit. In welchem Umfang sie jeweils in den bisher behandelten Klassen der Wochenarbeitszeit enthalten sind, kann nicht gesagt werden. Es besteht keine feste Zuordnung zwischen beiden. Unter den Arbeitern mit z. B. 41 - 42 Stunden sind einige ohne Überstunden, andere mit 1 oder 2, weitere mit 3 und 4 Überstunden. Es kann lediglich ein allgemeiner Zusammenhang derart vermutet werden, daß sich unter den Arbeitern in höheren Klassen der Wochenarbeitszeit auch mehr mit einer größeren Zahl von Mehrarbeitsstunden befinden.

Den Mehrarbeitsstunden als Hauptmerkmal wurde aber eine eigene Verteilungstabelle gewidmet. Sie enthält jene etwa 93% aller Arbeiter, die überhaupt Mehrarbeitsstunden nachgewiesen hatten. Ihre Klasseneinteilung reicht von 0 - 1 bis 11 - 12 Mehrarbeitsstunden und endet mit der offenen Restgruppe "12 und mehr Stunden". Eine gewisse Häufung findet sich bei den Arbeitern in den untersten Klassen, der höchste Einzelwert von 9,8% der Arbeiter liegt bei 1 - 2 Mehrarbeitsstunden<sup>2</sup>. Leider fallen aber noch 20,5% der Arbeiter in die obere offene Restgruppe, was anzeigt, daß die Klassen bis etwa 22 Mehrarbeitsstunden hinauf noch merklich besetzt sein müssen. Das bedeutet nicht unbedingt, daß Arbeiter 62 Zeitstunden in der Woche tätig gewesen sind. Vielmehr sind Mehrarbeitsstunden dann unter Umständen nur eine Rechengröße, wenn die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, z. B. bei Stückakkord, nicht festgestellt werden. Sie können dann die Differenz sein zwischen der betrieblichen Arbeitszeit und der Zahl von Stunden, die sich bei einer hohen Akkordleistung gemäß dem der Bezahlung zugrundeliegenden Akkord-Zeit-Ansatz ergibt. Die hohe und entsprechend gut bezahlte Leistung des Arbeiters besteht ja in solchem Falle gerade darin, daß er die als normal in z. B. 60 Stunden zu erbringende Stückzahl in z. B. nur 44 Stunden gefertigt hat.

Bei den Arbeiterinnen liegen die Verhältnisse etwas anders. Zunächst einmal haben nur etwa 40% unter ihnen überhaupt Mehrarbeitsstunden angegeben, also relativ nicht einmal halb so viele wie unter den männlichen Arbeitern. Ferner weisen allein 22% von denen mit Mehrarbeitsstunden solche in Höhe von 1 - 2 Stunden je Woche aus, und bereits 54% fallen in die Klassen von 0 - 3 Überstunden (bei den Männern nur halb so viele, 27%).

Zum ersten Mal bei einer derartigen Erhebung ist auch für die Angestellten die Arbeitszeit erfragt worden. Eine solche Aussage bedeutet

natürlich etwas anderes als bei den Arbeitern. Da es zu den überlieferten Wesensmerkmalen des Angestellten gehört, seine Arbeitskraft nicht stundenweise zu verkaufen, sondern während der üblichen betrieblichen Arbeitszeit ständig zur Verfügung zu stehen, wofür ihm ein monatliches Entgelt gezahlt wird, gibt es keine Aufzeichnungen über die effektiv geleisteten oder bezahlten Stunden der Angestellten. Mit Einführung der gleitenden Arbeitszeit entsteht zwar eine neue Möglichkeit, die wirkliche Arbeitszeit auch der Angestellten zu ermitteln, doch ist diese Einrichtung noch längst nicht so weit verbreitet, daß sich eine Statistik darauf bauen ließe. Die bei der Gehalts- und Lohnstruktur ermittelte Arbeitsdauer der Angestellten ist deshalb, auch schon im Fragebogen, als "wöchentliche normale Arbeitszeit" definiert.

Bei dieser Begriffsbestimmung wird man in der entsprechenden Verteilungstabelle starke Häufungen in bestimmten Arbeitszeitklassen erwarten, da die eine größere Streuung bewirkenden individuellen Umstände außerhalb des Blickfeldes blieben. Tatsächlich finden sich 58% der männlichen und 61% der weiblichen Angestellten in der Klasse "40 - 41 Stunden".

Noch weit eindeutiger sind die Ergebnisse für die einzelnen Wirtschaftszweige. Konzentrationen von über 90% der männlichen Angestellten mit 40 - 41 Stunden wöchentlicher Arbeitsdauer finden sich bei den Männern in der chemischen Industrie, der Mineralöl-, der Gummi- und Asbestverarbeitung, der Eisen- und Stahlerzeugung und -gießerei, dem Maschinenbau, Schiffbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren, Druckerei, Hoch- und Tiefbau. Diese Zweige vereinen mehr als ein Drittel aller männlichen Angestellten der einbezogenen Bereiche auf sich.

In der Klasse "41 - 42 Stunden" haben die Zweige Straßenfahrzeugbau, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe ihre Maxima, allerdings nur mit Häufungen von 78%, 51% und 69%. Die Klasse "42 - 43 Stunden" ist in der Energiewirtschaft und Wasserversorgung (92%), der Brotindustrie (86%) und dem Großhandel (73%) am stärksten besetzt. Ohne Zweifel spiegelt sich in diesen Ergebnissen die verschiedene tarifliche Arbeitszeit in den einzelnen Branchen. Die hier nicht genannten weisen ihre größte Besetzung auch in der Klasse "40 - 41 Stunden" auf, aber mit Konzentrationen unter 90%. Für die weiblichen Angestellten gilt weitgehend dieselbe Struktur, so daß sich eine gesonderte Besprechung erübrigt.

Auch unter den Angestellten sind diejenigen mit regulärer teilweiser Beschäftigung beson-

<sup>2</sup>) auch hier: 1 bis unter 2



ders gekennzeichnet worden. Ihr Anteil an der Gesamtzahl ist größer als unter den Arbeitern, weist aber die gleiche Verschiedenheit zwischen den Geschlechtern auf: 1,4% aller männlichen, aber 29% aller weiblichen Angestellten waren teilzeitbeschäftigt.

Dieser überraschend hohe Anteil der weiblichen Teilzeit-Angestellten variiert in den Wirtschaftszweigen, so weit sie in der betreffenden Tabelle ausgewertet werden konnten, noch zwischen 20% und 59%. Die geringeren Werte finden sich im Kredit- und Versicherungsgewerbe (20%), in den Investitionsgüterindustrien (25%), den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (27%), den Verbrauchsgüterindustrien (35%) und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (36%). Höher sind die Anteile der Teilzeitbeschäftigten an allen weiblichen Angestellten dagegen im Baugewerbe (53%), im Großhandel (52%) und im Einzelhandel (59%). Die allein in diesen drei Branchen teilzeitbeschäftigten weiblichen Angestellten bedeuten mit über 11 000 ein beachtliches Potential. Sie stellen allein mehr als zwei Drittel sämtlicher weiblichen Teilzeit-Angestellten (16 100).

In der Verteilung der teilzeitbeschäftigten Angestellten auf ihre Zeitklassen zwischen 5 und 35 Stunden sind drei Klassen bevorzugt, die sowohl bei Männern und Frauen als auch in allen Wirtschaftszweigen herauskommen. Mit Besetzungen von 16% (weiblich) und 26% (männlich) sind dies die Klasse "25 - 26 Stunden", mit 17% und 18% die Klasse "20 - 21 Stunden", die einer halben normalen Arbeitszeit der verbreiteten 40-Stunden-Woche entspricht, und mit gut 9% bei beiden Geschlechtern die Klasse "30 - 31 Stunden". Bei den - als Teilzeit-Angestellte unbedeutenden - Männern überwiegt die Klasse "25 - 26", bei den verhältnismäßig zahlreichen Frauen die Klasse "20 - 21", in einzelnen Zweigen auch bei ihnen die "25 - 26 Stunden", so in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien, im Großhandel und im Kreditwesen und Versicherungsgewerbe. Gegenüber der Zahl der Angestellten in den genannten drei Zeitklassen sind in allen übrigen Klassen nur sehr wenige Angestellte zu finden. Die Lage der drei genannten Klassen, in denen sich 43% aller weiblichen Teilzeitangestellten befinden, ist sicherlich der Bevorzugung "runder" Zahlen, hier 20, 25 und 30, zu verdanken; ein Teil-Arbeitsverhältnis kann ja, anders als ein Voll-Arbeitsvertrag, nach dem persönlichen Wunsch mit jeder Wochenstundenzahl abgemacht werden.

#### Die Verdienste

Hauptgegenstand jeder Lohnstatistik sind natürlich die Verdienste selbst. Sie sind

in den Ergebnissen dieser Erhebung, soweit es sich um Verteilungstabellen handelt, als Stundenverdienste (nur für die Arbeiter), als Monats- und als Jahresverdienste enthalten (für Arbeiter und Angestellte). In ihrer absoluten Höhe haben die Verdienste vom Oktober 1972 keine Aussagekraft mehr außer für historische Betrachtungen. Der Wert dieser Zahlen liegt vielmehr darin, daß sie Relationen zu untersuchen erlauben, die aus den laufenden Verdiensterhebungen nicht zur Verfügung stehen. Das sind in erster Linie Häufigkeitsverteilungen nach Verdienstklassen.

Die Gruppierung in Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen, führt zu vier verschiedenen Massen, die sich in der Verteilung auf Klassen des Bruttomonatsverdienstes unterscheiden. Die Klassen reichen von 400 DM bis 2 500 DM (bei Arbeitern) und bis 4 500 DM (bei Angestellten).

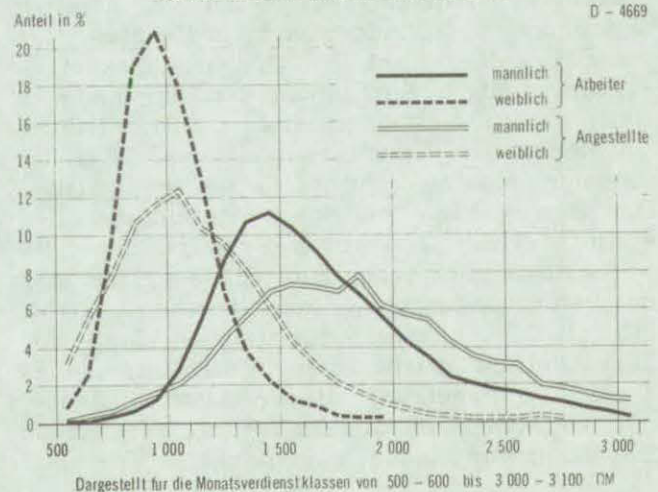
Auf der Waagerechten des Bildes sind die Verdienstklassen aufgetragen, auf der Senkrechten ist abzulesen, wie viele Personen in jede Verdienstkasse fallen. Diese Menge ist in Prozent ausgedrückt, damit Gruppen, die in ihrer absoluten Anzahl verschieden groß sind, in einem Bild zusammen gezeichnet und miteinander verglichen werden können. Die von einer Kurve und der waagerechten Grundlinie umschlossene Fläche ist immer gleich groß.

Der Gipfel einer solchen Verteilungskurve läßt erkennen, in welcher Verdienstkasse sich die meisten Personen befanden. Die Form der Kurve, ob schmal und steil oder breit und flach, hängt davon ab, wie einheitlich oder ungleich sich die Verdienste unter den Personen der Gruppe verteilen. Die Lage des Gipfels in seitlicher Richtung über der an der Basis belegten Strecke zeigt die

Die Verteilung der Arbeiter und Angestellten auf Bruttomonatsverdienstkassen im Oktober 1972

- Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972 -

D - 4669





sogenannte "Schiefe" der Verteilung; sie gibt Aufschluß über das Mengenverhältnis der beiden Gruppenteile, deren einer weniger und deren anderer mehr verdient als die Personen in der am stärksten besetzten Klasse.

Auf den ersten Blick zeigen die vier Kurven an, daß der Unterschied zwischen Frauen und Männern erheblich größer ist als der zwischen Arbeitern und Angestellten, denn die zwei Kurven mit dem Gipfel links sind nicht etwa die der männlichen und weiblichen Arbeiter, sondern die der weiblichen Arbeiter und Angestellten. Die Verteilung der weiblichen Arbeiter weist einen ausgeprägten Höhepunkt bei 900 - 1 000 DM auf, die weiblichen Angestellten einen schwächeren bei 1 000 - 1 100 DM. Der Gipfel bei den männlichen Arbeitern liegt dagegen bei 1 400 - 1 500 DM, und bei männlichen Angestellten sind es zwei Gipfel: 1 500 - 1 600 DM und 1 800 - 1 900 DM.

Der zweite Blick gilt der Form der Kurve: steil bei den weiblichen Arbeitern, also vergleichsweise geringere Unterschiede zwischen den Verdiensten aller Gruppenmitglieder; mittlere Rundung und einander ziemlich ähnlich bei männlichen Arbeitern und weiblichen Angestellten; flache Kurve bei den männlichen Angestellten, was eine vergleichsweise große Verschiedenheit der Verdienste in dieser Gruppe bedeutet. Dabei ist gerade die Kurve der männlichen Angestellten nicht einmal ganz gezeichnet, sondern bei 3 000 DM abgebrochen, obwohl sie tabellarisch noch bis 4 500 DM vorliegt, also um die Hälfte der Bildbreite nach rechts weiterläuft.

Eine Beschreibung der Eigenheiten der Verteilungen kann nicht mehr Information vermitteln als die aufmerksame Betrachtung des Bildes, auf das hiermit verwiesen wird.

Für den Vergleich zwischen den Gruppen erscheint eine andere Ausdrucksweise als die mittels Verdienstklassen geeigneter, nämlich der Betrag des Bruttomonatsverdienstes, der von der halben Zahl der Gruppenangehörigen gerade nicht erreicht und von der anderen Hälfte gerade überschritten wird. Dieser Verdienst des "mittleren Mannes" soll im folgenden als "Medianwert" bezeichnet werden. Der Betrag kann aus den Verteilungstabellen einfach ermittelt werden. Es wird dazu die prozentuale Besetzung der Klassen, mit der untersten anfangend, kumulierend addiert, bis mit dem letzten Summand der Wert "50" überschritten wird. Das Verhältnis jenes Teils der Besetzung dieser letzten Klasse, der die Menge auf 50% bringt, zu der ganzen Besetzung der Klasse kann leicht proportional

auf die Breite der Klasse in DM übertragen werden. Der Fehler, der durch diese lineare Interpolation entstehen mag, ist gerade in diesem Teil der Verteilung, nämlich in ihrer Mitte, vernachlässigbar klein. In dieser Ausdrucksweise lagen die Medianwerte der Monatsverdienste folgendermaßen:

Frauen, Arbeiter	986 DM
Angestellte	1 093 DM
Männer, Arbeiter	1 584 DM
Angestellte	1 835 DM

Zwei Vorteile dieser Ausdrucksweise liegen auf der Hand: die Angabe ist eine Zahl, es läßt sich leichter mit ihr hantieren als mit der Bezeichnung einer Klasse, die immer aus zwei Zahlen besteht; und es gibt für jede Verteilung nur eine Angabe, auch wenn sie zwei Gipfel aufweist.

Der dritte Grund, warum im folgenden für den Vergleich zwischen den Gruppen der Arbeitnehmer nicht die Durchschnittsverdienste, sondern die Medianwerte genommen werden, ist, daß sie, im Unterschied zum arithmetischen Mittel, dem Sachverhalt besser gerecht werden. An dieser Stelle ist ein Exkurs über Verteilung und Mittelwerte angebracht.

Bei Häufigkeitsverteilungen im biologischen Bereich oder bei maschineller Produktion, dort also, wo ein Sollwert vorgegeben ist, der nur infolge zufälliger Einflüsse verfehlt wird, entstehen sogenannte Normalverteilungen, grafisch als "Glockenkurve" bekannt: links und rechts vom Gipfel erstrecken sich die Fälle mit um so geringerer Häufigkeit, je weiter sie vom Mittelwert abweichen.

Anders bei Verteilungen im Sozialbereich. Für das Merkmal "Verdienst" gibt es keinen Sollwert, vielmehr wirken zahlreiche Faktoren auf seine individuelle Höhe. Der wesentlichste unter ihnen, nämlich das Bestreben, möglichst viel zu verdienen, ist das Gegenteil von Zufall. In der Verteilung einer statistischen Menge auf Klassen des Verdienstes wirkt also nur teilweise der Zufall. Sie sind darum nicht symmetrisch oder "normal", sondern schief. Im Falle einer schiefen Verteilung rücken aber die verschiedenen Mittelwerte auseinander, wie das folgende fingierte, aber sachlich zutreffende Beispiel zeigt.

Hier ist eine Gruppe von 51 Arbeitern auf 12 Verdienstklassen zwischen 500 bis unter 1 700 DM verteilt. Für jeden Arbeiter steht sein Verdienst:



890  
 880 988  
 870 977  
 860 966 1 084  
 783 850 955 1 070  
 766 840 944 1 056 1 180  
 750 830 933 1 042 1 160 1 275  
 733 820 922 1 028 1 140 1 250 1 366  
 650 716 810 911 1 014 1 120 1 225 1 333 1 450  
 550 600 700 800 900 1 000 1 100 1 200 1 300 1 400 1 515 1 600

Die Anordnung der 51 aufeinanderfolgenden Werte läßt bereits ein Verteilungsbild entstehen. Es zeigt sofort, daß die Klasse "800 - 900 DM" am stärksten besetzt ist (mit fast 20%). Ferner ist zu sehen, daß die Verteilung schief ist, und zwar linksverschoben. Infolgedessen liegt der "mittlere Mann" - hier der 26., er wird durch die Zahl 966 vertreten - um eine Klasse höher als die maximal besetzte Klasse. Das dritte Maß, das arithmetische Mittel, errechnet sich hier (Summe sämtlicher Einzelwerte - 51102 - geteilt durch die Anzahl der Summanden oder Fälle - 51) mit 1 002 DM. Es liegt also noch einmal höher, und zwar knapp über dem Verdienst des 29. von den 51 Männern.

Aus den üblichen Verdienststatistiken kann nur das arithmetische Mittel gewonnen werden, da die Einzelfälle nicht bekannt sind. Die ganze Information, die in der Häufigkeitsverteilung steckt, bleibt verborgen. Der Durchschnittsverdienst bezeichnet aber, wie wir am Beispiel gesehen haben, nicht den Betrag, der von der einen Hälfte der Gruppe nicht erreicht und von der anderen Hälfte überschritten wird. Bei links-schiefer Verteilung sind es mehr Leute, die weniger verdienen (29 von 51), bei rechts-schiefer Verteilung ist es umgekehrt. Weil nun aber die Häufigkeitsverteilungen von Verdiensten verschieden von der Normalverteilung abweichen, haftet dem arithmetischen Mittel eine Unsicherheit an, die besonders stört, wenn vergleichende Aussagen über verschiedene Gruppen gemacht werden sollen. Das aber ist das Hauptvorgehen statistischer Darstellung.

Als Beispiel für die erwähnte Unsicherheit, die dem arithmetischen Mittel anhaftet, sind in der folgenden Übersicht aus der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972 die Medianwerte und die arithmetischen Mittel für die 12 Gruppen, die sich durch Geschlecht, Leistungsgruppe und Lohnform der Arbeiter ergeben, einander gegenübergestellt.

Wir erinnern uns an die konkrete Bedeutung des Medianwertes: ihn verdient der (gedachte) Mann, der gleich viele Kollegen mit geringerem

Bruttostundenverdienste der Arbeiter der gewerblichen Wirtschaft  
 im Oktober 1972

Geschlecht Leistungs- gruppe	Lohn- form <sup>1</sup>	Median- wert M	Reihen- folge	Arithm. Mittel A	A in % von M ./ 100	
Männer	1	Z	8,02	3	8,33	3,9
		L	8,67	1	9,25	6,7
	2	Z	7,15	5	7,42	3,8
		L	8,22	2	8,73	6,2
	3	Z	6,67	6	6,86	2,8
		L	7,96	4	8,02	0,8
Frauen	1	Z	5,79	2	6,40	10,5
		L	5,67	4	6,06	6,9
	2	Z	5,55	5	5,67	2,2
		L	6,00	1	6,14	2,3
	3	Z	5,10	6	5,21	2,2
		L	5,77	3	5,82	0,9

1) Z = Zeitlohn, L = Leistungslohn

wie mit höherem Verdienst hat. Die Abweichungen zwischen Medianwert und arithmetischem Mittel - letzteres liegt durchweg höher - schwanken zwischen unbedeutender (0,8%) und beträchtlicher (10,5%) Höhe. Für alle männlichen Arbeiter beträgt die Abweichung 4,4% vom Medianwert, für alle weiblichen Arbeiter 3,1%. Die unterschiedliche Höhe der Abweichung bei den einzelnen Gruppen bedeutet verschieden große Differenzen zwischen Median- und Durchschnittswert, und diese Verschiedenheit kann so weit gehen, daß sogar die Rangfolge zwischen den Arbeitergruppen eine andere ist, je nachdem, ob sie nach dem einen oder anderen Maß aufgestellt wird (in der obigen Tabelle bei den Frauen). Die Kenntnis der im obigen Exkurs vermittelten Zusammenhänge zwischen den Mittelwerten bei bestimmten Verteilungen verrät uns, daß die Verteilung der weiblichen Facharbeiter im Zeitlohn (letzte Spalte: 10,5%) ausgeprägt links-schief ist. Im Unterschied zu den übrigen Frauengruppen bricht die Verteilung bei den Facharbeiterinnen, besonders bei denen im Zeitlohn, rechts des Gipfels nicht ebenso ab, wie sie links davon begann, sondern erstreckt sich über eine weitere Zahl von Verdienstklassen. Das bedeutet aber bei den gegebenen Verhältnissen, daß einige Frauen in den Bereich der Männerverdienste vorstoßen, daß also hier die Verwirklichung des Grundsatzes von der Gleichberechtigung der Frau, der nicht nur gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sondern gleiche Arbeit bei gleichem Leistungsvermögen fordert, sichtbar anfängt. Die angelernten und ungelernten Frauen (letzte Spalte: 2,3% und weniger) sind offenbar noch weiter davon entfernt. In Verbindung mit dem geringen Lohn heißt das nicht unbedingt, daß sie für gleiche Arbeit weniger Lohn erhalten, wohl aber, daß sie überwiegend



mit minder ertragreicher Arbeit vorlieb nehmen. Für die ungelerten Leistungslöhner zeigen die niedrigen Werte in der letzten Spalte deutlich, daß hier wenig individueller Spielraum besteht; die Leistungsvorgaben sind Normwerte, die zwischen den Betrieben zufällig schwanken und auf deren Erreichen hauptsächlich nur zufällige persönliche Leistungsdifferenzen und Leistungsschwankungen einwirken. Abgeschwächt gilt dies wohl auch für die Leistungsgruppen 1 und 2 der Frauen. Anders in den höheren Leistungsgruppen der Männer: Dort ist die Schiefe der Verteilung gerade bei den Leistungslöhnern größer, d. h. unter diesen sind mehr als unter den Zeitlöhnern, die weit überdurchschnittliche Verdienste erreichen. Die verschiedene Richtung des Unterschiedes bei Zeit- und Leistungslöhnern in der Form der Verteilungskurve kann vielleicht so erklärt werden: für Ungelernte sind bestimmte Massenarbeiten im Akkord typisch, z. B. Stanzen, Nähen, Löten, Fische oder Früchte Bearbeiten, die wenig Differenzierung außer entsprechend der - zufälligen - persönlichen Leistungsweise zulassen; dies führt zu vergleichsweise "normalen" Verteilungen, ausgeprägter als bei gleich Qualifizierten im Zeitlohn. Für die qualifizierten Männer hingegen ist die Palette der angebotenen Arbeiten durch alle Branchen hin breiter, und sie werden gelegentlich, bei Facharbeitern häufig, in einer Form von Leistungslohn ausgeführt; dann aber eröffnen sie besonders herausragende Verdienstmöglichkeiten, so daß die Verteilungskurve sich nach rechts hin weiter erstreckt als bei den entsprechenden Zeitlöhnern.

Warum die Verteilungen auf Verdienstklassen häufig schief sind, ist oben dadurch zu erklären versucht worden, daß bei sozialen Merkmalen die Herrschaft des Zufalls eingeschränkt sei und gerichtete Momente Einfluß besitzen. Es gibt noch eine andere, besser faßbare Erklärung: Die untersuchte Masse setzt sich aus verschiedenen großen Teilmassen zusammen, sie ist inhomogen. Ein Beispiel soll den Zusammenhang erläutern. Eine Verteilung umfasse 60 Einheiten in folgender Anordnung in 9 Klassen (a bis i):

2	4	9	14	12	10	6	2	1
a	b	c	d	e	f	g	h	i

Diese Verteilung ist links-schief, wie sich auch ohne Zeichnung leicht aus den Zahlen erkennen läßt. Dennoch sind die zwei Teilmassen, aus denen sie besteht, exakt normalverteilt; sie sind nur verschieden groß. 40 Einheiten verteilen sich über die 7 Klassen a bis g:

2	4	8	12	8	4	2
a	b	c	g	e	f	g

und 20 Einheiten über die Klassen c bis i:

1	2	4	6	4	2	1
c	d	e	f	g	h	i

Jede der beiden Teilmassen weist eine genau symmetrische Verteilung auf, aber in der Zusammenfassung verstärkt sich der untere Teil der besetzten Klassen, in dem die größere Masse angesiedelt ist. Das Beispiel ist in seinen wesentlichen Aspekten wirklichkeitsnah: Sowohl der Abstand der beiden Medianwerte voneinander im Verhältnis zur Breite des besetzten Feldes von Klassen als auch das Mengenverhältnis 2:1 der beiden Teilmassen findet sich so oder gar stärker wirksam im Material der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung.

Wenn nun dargelegt ist, wie leicht eine schief verteilte Masse als Summe von verschieden großen und auf verschiedenem Niveau, dort jedoch "normal" verteilten Teilmassen aufgefaßt werden kann, liegt die Frage nahe, ob nicht vielleicht jede schief verteilte Masse diese Ursache verrät, ob es also nur der Unvollkommenheit der Erfassung zuzuschreiben ist, wenn wir nicht imstande sind, die beteiligten Teilmassen zu trennen, weil wir ihre Merkmale nicht kennen oder nicht festgestellt haben?

Die Antwort wird sicher beide genannten Ursachen für schiefe Verteilungen im Auge haben müssen, wobei nicht undenkbar erscheint, daß sie letzten Endes auf dasselbe hinauslaufen: eine Gruppierung der Elemente der Gesamtmasse nach eben jenen gerichteten Momenten, die dem Zufall zuwider wirken, schafft vielleicht jene anderen, in sich homogenen und normal-verteilten Teilmassen. Eine solche Untersuchung übersteigt jedoch die Möglichkeiten einer Behörde der Fachverwaltung, da sie komplizierte mathematisch-analytische Verfahren verlangt, und die These kann mangels weiterer erhobener Merkmale auch nicht verifiziert werden.

Im folgenden sollen noch einige Vergleiche in bezug auf die Verdiensthöhe beschrieben werden. Erwartungsgemäß verdienen die Leistungslöhner immer - Ausnahme: weibliche Facharbeiter - mehr als die Zeitlöhner in derselben Leistungsgruppe. Kurz über den Leistungslöhnern der untersten Qualifikation - bei Männern - liegen die Zeitlöhner der obersten Qualifikation, darunter dann die Zeitlöhner der Qualifikationsstufen 2 und 3. Dies erscheint als eine logische Reihenfolge,



bei der die Plätze 3 und 4 im Wert dichter beieinanderliegen als alle übrigen, so daß man vergrößernd sagen kann: bei Männern liegen die Leistungslöhner im Verdienst vorn, der geringst Qualifizierte bringt es auf fast denselben Betrag wie der best Qualifizierte im Zeitlohn. Anders bei den Frauen. Auch dort liegen zwar meist die Leistungslöhner vorn, aber gegen die Erwartung die mit der höchsten Qualifikation an letzter Stelle. Dafür schieben sich Facharbeiterinnen im Zeitlohn - siehe oben - an Position 2. Der Verdienstunterschied zwischen der Schluß- und der Spitzengruppe ist mit knapp 1 DM oder 15% geringer als bei den Männern, wo er 2 DM oder 23% betrug.

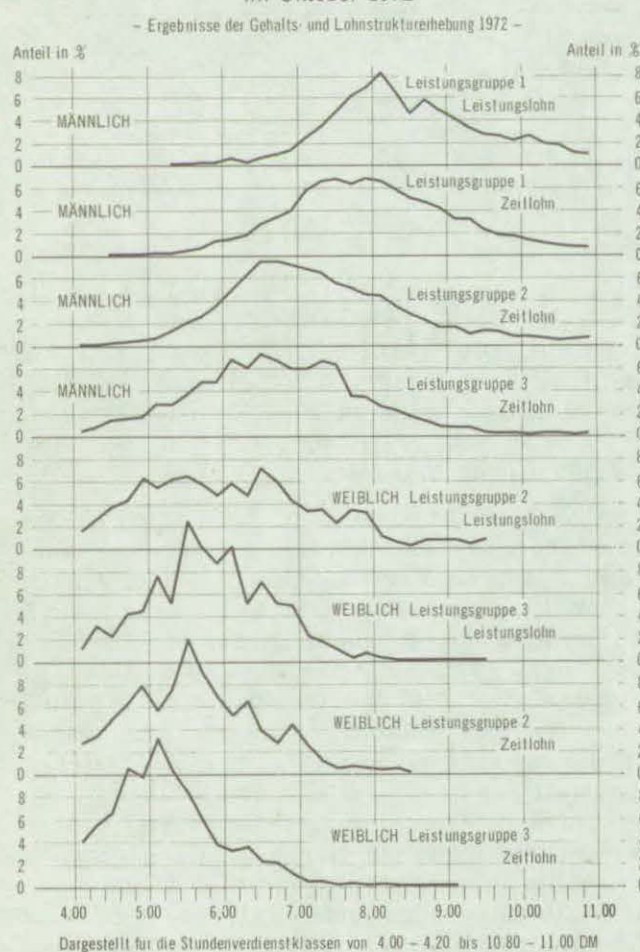
Der unerwartete Mehrverdienst der angelernten und ungelerten Leistungslöhnerinnen vor denen mit Facharbeiterbrief ist wahrscheinlich nicht echt, sondern strukturell bedingt. Das heißt, in einem Betrieb, auch noch in einer Branche, werden die qualifizierten Leistungslöhnerinnen sicherlich mehr verdienen als ihre angelernten und ungelerten Kolleginnen. Bei der Zusammenfassung zu Gruppen von

Wirtschaftszweigen jedoch oder, wie in der Tabelle, zur Summe "alle erfaßten Wirtschaftszweige" geht diese Position verloren, weil es nur wenige Arbeiterinnen in Leistungsgruppe 1 gibt, und diese wahrscheinlich in Zweigen, deren Verdienstniveau geringer ist als dort, wo es viele Angelernte und Ungelernte und weniger Facharbeiterinnen gibt. Das Material der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung weist nur in einem Fall Facharbeiterinnen in einem einzelnen Zweig nach (sonst sind es immer zu wenige). Es ist die Bekleidungsindustrie, die Polsterei und das Dekorationsgewerbe. Hier verdienen die Leistungslöhnerinnen als Facharbeiter (5,60 DM) tatsächlich mehr denn als Angelernte (5,50 DM). Aber schon in der nächsten Zusammenfassung, der Herstellung von Verbrauchsgütern, stehen die Angelernten an der Spitze, und zwar mit 5,80 DM, was die oben gegebene Erklärung stützt.

Mehr als viele Worte über die Verteilungen und die Lage der Medianwerte sagt eine Grafik aus. Im nebenstehenden Bild sind jeweils für die Gruppen der männlichen und weiblichen Arbeiter, die mit etwa einem Zehntel oder mehr der Gesamtzahl besetzt sind, die Verteilungen auf Klassen des Bruttostundenverdienstes gezeichnet. Sie stellen 80 - 82% der jeweiligen Summe dar.

Die gleiche Untersuchung - Medianwerte und arithmetische Mittel betreffend - bei den Angestellten führt zu folgenden Zahlen:

Die Verteilung der Arbeiter auf Bruttostundenverdienstklassen im Oktober 1972



Bruttomonatsverdienste der Angestellten der gewerblichen Wirtschaft im Oktober 1972

Geschlecht Leistungsgruppe	Medianwert M	Arithm. Mittel A	A in % von M ./ 100	
Männer	2	2 210	2 281	3,2
	3	1 781	1 841	3,4
	4	1 377	1 402	1,8
	5	1 229	1 212	- 1,4
Frauen	2	1 713	1 720	0,4
	3	1 324	1 319	- 0,4
	4	987	995	0,8
	5	905	882	- 2,5

Zunächst fällt auf, daß hier in der letzten Spalte Minuswerte vorkommen. Sie zeigen eine rechts-schiefe Verteilung an, das heißt, der Anstieg vor dem Gipfel ist länger als der Abfall danach. Es ist sicher kein Zufall, daß dieser Umstand bei den geringst qualifizierten Angestellten auftritt. Hier sind am ehesten Angestellte zu erwarten, die aus körperlichen und geistigen Gründen minder-



leistungsfähig sind und deren Verdienst nach unten weit von der Norm abweichen kann.

Bei den übrigen Leistungsgruppen der weiblichen Angestellten kann man von "normalen" Verteilungen sprechen, der Wechsel des Vorzeichens bedeutet bei so kleinen Werten nichts.

Anders bei den Männern. Sie weisen oberhalb der Leistungsgruppe 4 wieder links-schiefe Verteilungen auf, und zwar ausgeprägter bei den höher qualifizierten Kräften, denen nach höherem Verdienst hin einige Sprossen mehr erreichbar sind als den geringer Qualifizierten oder den Frauen.

Die anhand der Durchschnittsverdienste (übliche Aussageform) korrekte Information "die männlichen Angestellten der Leistungsgruppe 2 verdienen im Mittel 88% mehr als die in Leistungsgruppe 5" lautet etwas anders, wenn sie anhand der Medianwerte gegeben wird; der Abstand verringert sich dann auf 80%. Bei den Frauen sind die Abstände 95% und 89%, also mit derselben Tendenz.

Auch für die Angestellten soll ein Bild der Verteilungen die Aussagen unterstützen.

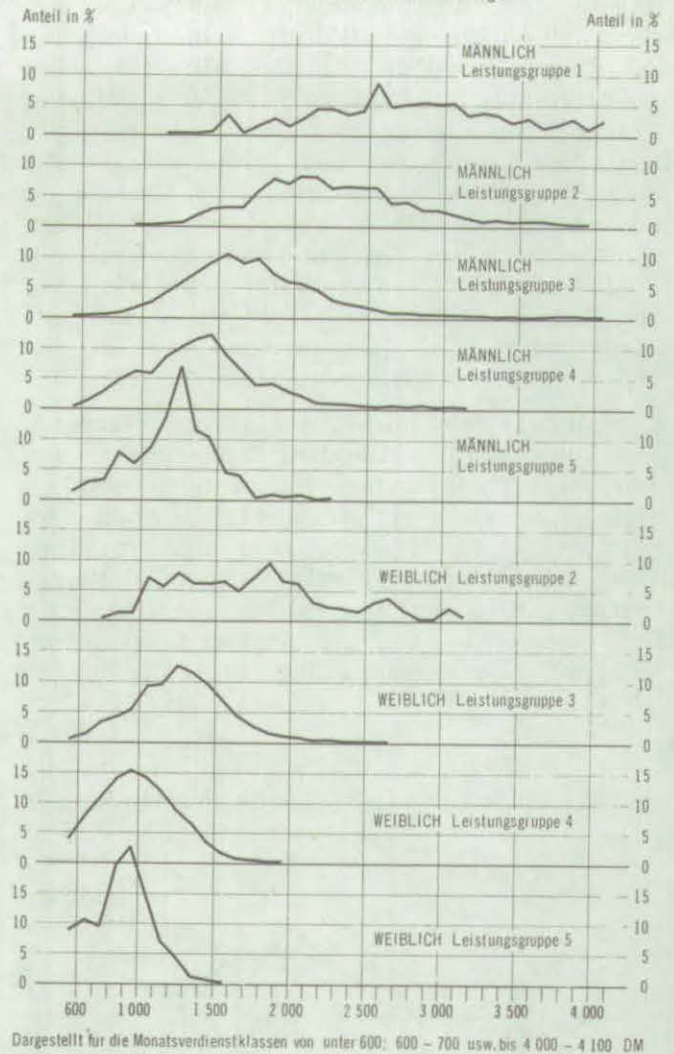
Die Besprechung der Verteilungen abrundend sei noch etwas zur Streuung gesagt, also zur Weite des Bereichs auf der DM-Skala, den eine Verteilung überdeckt. Es ist klar, daß die erste und letzte besetzte Verdienstklasse kein geeignetes Vergleichsmaß abgibt, denn gerade an den Enden jeder Verteilung ist die Besetzung so gering, daß nur Zufälle dieses Maß bestimmen. Hier wurde deshalb anders vorgegangen: Außer dem Medianwert wurden auch - nach der gleichen Hilfsmethode - die unteren und oberen Quartilswerte bestimmt. Die Differenz zwischen ihnen verändert sich mit der Steilheit oder Flachheit der Verteilungskurve, ist also ein geeignetes Maß. Um den unmittelbaren Vergleich zu ermöglichen, wurden diese Differenzbeträge in % des Medianwertes ausgedrückt. Je kleiner diese Prozentzahl, desto enger liegen die Quartilswerte beieinander und um so steiler ist die Verteilungskurve.

Für die Arbeiter, in der nun schon bekannten Gruppierung, variieren diese Streuungswerte zwischen 22% und 39%. Beide Extreme kommen bei Frauen vor, während die Männer zwischen 25% und 34% liegen. An Gesetzmäßigkeiten läßt sich nur feststellen, daß die Streuung bei den Leistungslöhnern geringer ist als bei den Zeitlöhnern - mit Ausnahme der angelernten Frauen, wo es umgekehrt ist. Ein außerdem bei den Frauen zu findendes Gefälle der Streuung mit sinkender Qualifikation findet bei den Männern, die in dieser

## Die Verteilung der Angestellten auf Bruttomonatsverdienstklassen im Oktober 1972

D - 4671

- Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972 -



Hinsicht dicht beieinander liegen, keine Parallele. Die Werte 37%, 28% und 25% für die drei Leistungsgruppen bei den Arbeiterinnen mitteln sich zu 27% für alle Frauen, die Werte 33%, 34% und 34% zu 34% für die männlichen Arbeiter.

Nun zu den Angestellten. Weil dort keine verschiedenen Lohnberechnungsformen auftreten, gibt es nur die Unterscheidung nach der Qualifikation, wobei die Leistungsgruppe 1 bei Frauen nicht ausreichend besetzt ist, um die Verteilung auf Verdienstklassen darzustellen. Die Werte für die Streuung nach der geschilderten Methode sind 46,5% für die männlichen und 43% für die weiblichen Angestellten, also deutlich mehr als bei den Arbeitern. Erwartungsgemäß wird dieser Gesamtwert in keiner der 4 Leistungsgruppen der Männer erreicht, sondern dort bewegen sich die Streuungswerte zwischen 35% und 28%. Anders bei den weiblichen Angestellten,



wo auch innerhalb der - höchsten - Leistungsgruppe 2 der Streuungswert 43% beträgt - ebensoviel wie unter allen Frauen zusammen. In den übrigen Leistungsgruppen bewegt er sich, ähnlich wie bei den Männern, zwischen 36% und 29%. Bei beiden Geschlechtern ist die Streubreite in der untersten Qualifikationsstufe am geringsten, eine Erscheinung, die unter den Arbeitern nur bei den Frauen zu beobachten war.

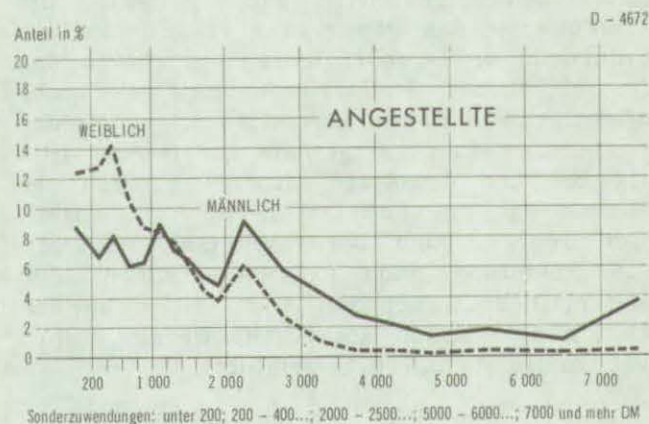
### Sonderzuwendungen

Von den besonderen Ergebnissen der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, die über die im Rahmen der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel getroffenen Feststellungen hinausgehen, sind bisher die Verteilungen der Verdienste auf Klassen eingehend dargestellt worden. Im folgenden werden einige weitere Tatbestände geschildert, die sonst nicht erhoben werden. Einer ist die Gewährung von Sonderzuwendungen, das sind solche Teile des Bruttojahresverdienstes, die nicht der Arbeitszeit zugeordnet werden können, also auf die Stunde, das Stück oder den Monat bezogen sind, sondern daneben einmalig oder mehrmalig, aber unregelmäßig gezahlt werden. Dazu gehört auch ein zusätzliches Urlaubsgeld, allerdings nicht im Baugewerbe, wo es wegen der besonderen Aufbringungsart zum allgemeinen Bruttoverdienst rechnet.

Unter den männlichen Arbeitern, die das ganze Jahr 1972 hindurch bei demselben Unternehmen beschäftigt waren, haben nur 6,8% keine Sonderzuwendung erhalten. Unter den weiblichen Arbeitern war dieser Anteil mit 1,6% noch geringer. Es kann nicht gesagt werden, ob diese Arbeiter ohne Sonderzuwendung sich auf fast alle Unternehmen verteilen oder ob ein entsprechender Teil der einbezogenen Unternehmen fast überhaupt keine Sonderzuwendungen zahlte. Zwischen den Leistungsgruppen bestanden in der genannten Zahl weder bei Männern noch bei Frauen wesentliche Unterschiede.

Wie hoch waren die Sonderzuwendungen? Das Ergebnis liegt in Form einer Klassenverteilung vor. Von den Empfängern einer Zuwendung (männliche Arbeiter), also 93% aller Arbeiter, erhielt ein Fünftel bis zu 200 DM, reichlich ein Viertel zwischen 200 und 600 DM, knapp ein Drittel zwischen 600 und 1 200 DM und gut ein Fünftel mehr als 1 200 DM. Bei den weiblichen Arbeitern ist die Verteilung steiler, mehr zur Mitte konzentriert. Nur ein Zehntel lag unter 200 DM, aber knapp die Hälfte zwischen 200 und 600 DM, knapp ein Drittel - also wie bei den Männern - zwischen 600 und 1 200 DM, und wieder nur ein Zehntel erhielt mehr als 1 200 DM.

### Sonderzuwendungen\* an Arbeiter und Angestellte 1972



Neben der Verteilung auf Klassen ist auch die durchschnittliche Höhe der Sonderzuwendung von Interesse. Die folgende Tabelle läßt die Einflüsse von Leistungsgruppe und Unternehmensgröße erkennen.

Leistungsgruppe	Sonderzuwendung in DM	
	Männer	Frauen
Unternehmensgröße		
Facharbeiter (1)	779	622
Angelernte Arbeiter (2)	745	657
Hilfsarbeiter (3)	559	649
<b>Alle Arbeiter</b>	<b>750</b>	<b>650</b>
davon in Unternehmen mit ... Beschäftigten		
unter 10	562	-
10 - 20	373	318
20 - 50	492	398
50 - 100	487	482
100 - 500	687	559
500 - 1 000	849	657
1 000 und mehr	1 167	867

Die Erwartung, daß die Sonderzuwendung um so höher sei, je höher qualifiziert der Arbeiter ist, bestätigt sich bei den Frauen



nicht. Hier hatten die Facharbeiterinnen die geringste, die angelernten Arbeiterinnen den höchsten Durchschnittsbetrag von Sonderzuwendung. Der Abstand der Frauen von den Männern - 650 zu 750 DM - ist bei den Sonderzuwendungen mit 13% erheblich geringer als beim übrigen Jahresverdienst (37%). Weitgehend eindeutig dagegen steigt die Sonderzuwendung mit der Unternehmensgröße, bei Frauen stetig, bei Männern mit einer deutlichen Ausnahme bei den kleinsten Unternehmen. Die von der Unternehmensgröße abhängige Stufung wirkt sich mit einem Verhältnis von 1 : 3,1 (Männer) und 1 : 2,7 (Frauen) erheblich stärker aus als die gemäß den Leistungsgruppen (1,4 und 1,1).

Unter den Angestellten gab es keine, die - sofern sie das ganze Jahr 1972 demselben Unternehmen angehört hatten - nicht in den Genuß einer Sonderzuwendung gekommen wären. Die Verteilung auf Klassen der Sonderzuwendung zeigt ein breiteres Bild als bei den Arbeitern. Dort lag auch der Medianwert bei 634 DM (Frauen 519 DM), hier liegt er aber bei 1 356 DM (807 DM). Die Abstufung nach Leistungsgruppen muß materialbedingt bei den Angestellten an den Verteilungstabellen untersucht werden. Dazu werden die Medianwerte gebildet:

Leistungsgruppe	Sonderzuwendung in DM	
	Männer	Frauen
I b	3 112	.
II	1 932	1 299
III	1 276	1 064
IV	887	667
V	760	623

Es zeigt sich, anders als bei den Arbeitern, eine erhebliche Abhängigkeit der Höhe der Sonderzuwendung von der Qualifikation. Die best-qualifizierten männlichen Angestellten erhielten im Mittel mit 3 112 DM das Vierfache der geringst-qualifizierten. Bei den weiblichen Angestellten war dieser Unterschied nur etwas geringer. Zwischen Männern und Frauen, jeweils alle zusammen, war der Abstand (Männer = 100) bei den Sonderzuwendungen mit 49% - im Gegensatz zu den Arbeitern - größer als beim übrigen Bruttojahresverdienst (40%). Der Einfluß der Unternehmensgröße - am Durchschnittsbetrag gemessen - war ebenfalls erheblich; in der obersten Größenklasse erreichte der Betrag das 1,6fache (Männer) und das 1,8fache (Frauen) des Wertes in der untersten Größenklasse. Im Mittel aller Angestellten errechnet sich die Sonderzuwendung mit 2 036 DM (Männer) und 1 034 DM (Frauen).

Zusammenfassend kann man zu den Sonderzuwendungen sagen, daß sie bei Angestellten mit 1 677 DM mehr als doppelt so hoch sind wie bei den Arbeitern (735 DM), daß sie bei den Männern um den Faktor 1,15 (Arbeiter) und 1,97 (Angestellte) höher sind als bei den Frauen, daß bei Arbeitern die Unternehmensgröße großen Einfluß auf die Höhe der Sonderzuwendung hat, aber die Qualifikation geringen Einfluß, und daß sich dies bei Angestellten umgekehrt verhält.

#### Urlaub

Ebenfalls ermittelt wurde bei der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1972 die Zahl der Tage des Jahresurlaubs bei allen Beschäftigten. Die Durchschnitte liegen durchweg bei 22 oder 23 Tagen, so daß keine differenzierende Betrachtung möglich ist. Diese Zahl täuscht aber. Etwas besser steht es mit der Interpretierbarkeit bei der Verteilung auf Klassen von (16 bis 30) Urlaubstagen. Diese Verteilung zeigt bei männlichen Arbeitern drei Maxima: 18% hatten 18 Tage Urlaub, 23% hatten 21 Tage und 33% hatten 24 Tage. Bei den weiblichen Arbeitern sind auch drei Maxima vorhanden, aber das mittlere liegt um einen Tag höher und die Gewichte sind anders: 10% bei 18 Tagen, 12% bei 22 Tagen und 48% bei 24 Tagen.

Bei den Angestellten liegen die Verhältnisse bei der Verteilung auf Klassen des Jahresurlaubs insofern ebenso wie bei den Arbeitern, als sich auch hier drei Maxima herausheben, wobei die beiden äußeren auch in den gleichen Klassen liegen. Unter den männlichen Angestellten hatten 6% 18 Tage Urlaub, 10% hatten 22 Tage und bei 35% waren es 24 Tage. Wieder anders liegen die Gewichte bei den weiblichen Angestellten, nämlich 18 Tage für 23%, 20 Tage für 10% und 24 Tage für 23%. Eine Übersicht faßt diesen Auszug der Maxima aus den Verteilungstabellen zusammen:

Urlaubstage im Jahr	Arbeiter		Angestellte	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in %			
18	18	10	6	23
20				10
21	23			
22		12	10	
24	33	48	35	23
(alle Klassen)	(100)	(100)	(100)	(100)

#### Auszubildende

Im Oktober 1972 wurden im verarbeitenden Gewerbe und den hier einbezogenen Dienst-



leistungsgewerben 13 300 gewerblich und 13 200 kaufmännisch oder technisch Auszubildende gezählt. Ihre Verteilung auf die Wirtschaftsbereiche war verschieden:

	Für einen	
	Arbeiter-	Angestellten-
	beruf	
	Auszubildende	
Energie, Wasser, Bergbau	164	.
Herstellung von Grundstoff- und Produktionsgütern	336	405
Herstellung von Investitionsgütern	7 912	2 123
Herstellung von Verbrauchsgütern	1 309	580
Nahrungs- und Genußmittel	240	492
Baugewerbe	2 943	279
Großhandel	377	2 297
Einzelhandel	-	4 586
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	2 181
Zusammen	13 281	13 236

Die ebenfalls ermittelten Ausbildungsbeihilfen waren bei den künftigen Angestellten mit 300 DM im Durchschnitt etwas höher als bei den künftigen Facharbeitern mit 265 DM. Die erstere Zahl schwankte zwischen den Extremen 241 DM (Straßenfahrzeugbau) und 437 DM (Versicherungsgewerbe), die zweite Zahl zwischen 183 DM (Schlosserei, Schmiederei) und 409 DM (Hoch- und Tiefbau).

## Vermögenswirksame Leistungen

Von sämtlichen in die Erhebung einbezogenen männlichen Arbeitern erhielten 70% vermögenswirksame Leistungen gemäß dem diesbezüglichen 3. Gesetz von 1970, von den Arbeiterinnen 42%.

Die Arbeiter waren nicht in allen Leistungsgruppen gleichmäßig beteiligt; bei Männern waren die Facharbeiter, bei Frauen die Hilfsarbeiter - also jeweils die am stärksten besetzte Qualifikationsstufe - etwas häufiger und die beiden anderen etwas weniger häufig mit vermögenswirksamen Leistungen ausgestattet. Die Höhe dieser Leistungen ist in keiner Form erfragt worden, sie ist ja auch weitgehend durch Gesetz und Tarife bestimmt.

Bei den Angestellten lagen die Gesamtquoten mit 62% (Männer) und 46% (Frauen) ähnlich denen bei den Arbeitern. Die einzelnen Leistungsgruppen hatten hier gleichmäßiger als bei den Arbeitern Anteil am Bezug vermögenswirksamer Leistungen. Eine geringe Bevorzugung zeigt sich nur bei der mittleren Leistungsgruppe 3 bei beiden Geschlechtern, eine geringe Benachteiligung bei der nächst niedrigeren Leistungsgruppe 4.

Arnold Heinemann

## Kurzberichte

### Die gesetzliche Krankenversicherung

Auch in die Statistik der gesetzlichen Krankenkassen hat die Automation Einzug gehalten. Während bisher jede Kasse ihre Ergebnisse auf manuell ausgefüllten Berichtsbogen der aufbereitenden Stelle, meist dem Statistischen Landesamt, übersandte, wo die Zahlen abgestimmt und zum Gesamtergebnis der Kassenart und auch zum Landesergebnis zusammengestellt wurden, schicken die Kassen seit 1974 ihren Berichtsbogen an ihren Bundesverband<sup>1)</sup>; dort werden die Zahlen geprüft, auf Magnetband übernommen und aufbereitet. Die Bundesergebnisse je Kassenart gehen an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Daneben werden Länderergebnisse erstellt und unter anderem den Statistischen Landesämtern übersandt.

Zur Zeit liegen von der monatlichen Statistik über Mitglieder und Krankenstand die Ergeb-

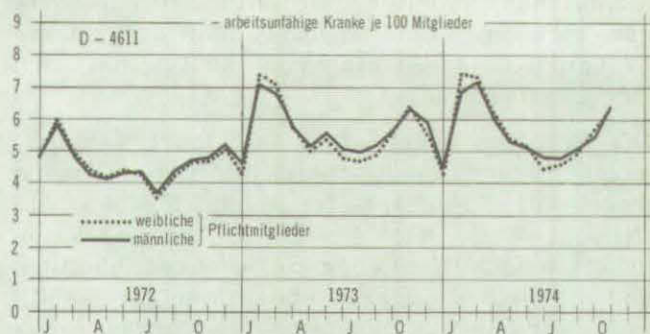
nisse vom 1. November 1974 als jüngste vor. Zu diesem Termin gab es in Schleswig-Holstein 34 Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen. Sie hatten zusammen 757 000 Mitglieder (ohne Angehörige). Diese Zahl schwankte seit 1970 nur um einzelne Prozentpunkte nach beiden Seiten. 57% der Mitglieder sind Pflichtmitglieder, 6,5% sind freiwillige Mitglieder und 36,5% sind Rentner. Von den Pflichtmitgliedern haben fast alle den Anspruch auf Lohnfortzahlung für mindestens 6 Wochen, nämlich 54,6% aller Mitglieder, während nur 0,3% ohne Lohnfortzahlungsanspruch sind; 2% waren an diesem Stichtag arbeitslos.

Der Krankenstand gibt an, wie viele von 100 Mitgliedern arbeitsunfähig krank gemeldet waren. Er kann nur für die Pflichtmitglieder errechnet werden, da die Feststellung "arbeitsunfähig krank" weder für Rentner noch für Teile der freiwilligen Mitglieder (z. B. Hausfrauen, Studenten) getroffen werden kann. Der Wert betrug für den 1. November 1974 für die männlichen Pflichtmitglieder 6,39 und für die weiblichen 6,35. Diese

<sup>1)</sup> siehe auch § 44 der Verwaltungsvorschriften der sozialen Krankenversicherung



## Die Entwicklung des Krankenstandes in der gesetzlichen Krankenversicherung



Zahlen unterliegen ausgeprägten saisonalen Schwankungen mit einem Höhepunkt im Winter und einem Tiefpunkt im Sommer, ferner einem Zwischentief am 1. Januar, sicherlich durch die weihnachtliche Festzeit bedingt. Die langfristige Entwicklung des Krankenstandes darzustellen, ist ohne Zweifel wichtig; wegen des Saisoncharakters sind dafür jedoch aufwendigere Berechnungen erforderlich als sie im Rahmen eines Kurzberichts angestellt werden können. Hier seien nur die Werte der 1. November der letzten 5 Jahre aufgeführt, was mit einiger Vorsicht für ein Entwicklungsbild genommen werden kann, weil dieser Stichtag im Jahresverlauf regelmäßig einen mittleren Wert bietet:

Krankenstand der Pflichtmitglieder	
am 1. November 1970	4,43
1971	4,30
1972	4,75
1973	6,35
1974	6,37

Unverkennbar ist der Wert zwischen 1972 und 1973 nach oben gesprungen. Wenn auch zu dieser Zeit die Landkrankenkassen mit ihrem sehr niedrigen Krankenstand aus der Landesberichterstattung ausschieden, so kann doch dieser Umstand nur einen kleinen Teil dieses Sprunges erklären. Die Ursachen sind im wesentlichen unbekannt. Auch die schlechte Arbeitsmarktlage im Spätherbst 1974 hat nicht den Krankenstand zu senken vermocht.

Als letztes Datum seien die Beitragssätze genannt, die ebenfalls nur für Pflichtmitglieder ermittelt werden. Sie werden als Prozentanteil des Grundlohnes ausgedrückt. Die Masse der Pflichtmitglieder, nämlich die mit Lohnfortzahlungsanspruch, mußten am 1. 11. 1974 im Mittel aller Krankenkassen 9,59% als Beitrag zahlen. Dieser Wert ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Er lag am 1. Januar 1971 bei 8%, wurde also in knapp 4 Jahren um fast 20% heraufgesetzt. Dieser Anstieg war nicht die Folge von Preissteigerungen, die ja durch noch stärker steigende Löhne und diesen proportionale Beitragseinnahmen mehr als ausgeglichen werden konnten, sondern er ist durch zusätzlich den Krankenkassen zugewiesene Aufgaben verursacht.

Für die wenigen Pflichtmitglieder ohne Lohnfortzahlungsanspruch wird übrigens ein um mehr als 3 Punkte höherer Anteil des Grundlohnes als Beitrag erhoben, nämlich (am 1. 11. 1974) 12,95%. Bei diesen Mitgliedern ist die Belastung der Kassen wegen der Zahlung von Krankengeld auch in den ersten 6 Wochen höher.

Arnold Heinemann

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht K II 1

### Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt



# Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

## Bildung und Kultur

Altersstruktur der Studenten . . . . . 1/2

## Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

90 Jahre Raiffeisen . . . . . 2/27

## Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft

Industrie-Investitionen 1973 . . . . . 1/11

Verarbeitende Industrie 1974 . . . . . 1/8

## Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Baugewerbe am Wendepunkt? . . . . . 2/32

Die nächste Wohnungszählung . . . . . 1/16

Investitionen im Baugewerbe . . . . . 1/13

## Handel und Gastgewerbe

Umsatzentwicklung im Gastgewerbe . . . . . 2/46

## Öffentliche Finanzen

Körperschaftsteuer 1971 . . . . . 2/39



# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang . Heft 3 . März 1975

## Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973/74			1974/75				
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 554	2 573	2 580	2 580	2 580	2 585	...	...	...	
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 370	1 266	1 112	1 112	596	1 194	1 104	...	...	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,4	5,9	5,2	5,1	2,7	5,4	5,2	...	...	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 440	2 199	2 004	2 065	2 092	2 051	1 876	...	...	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	10,3	9,5	9,4	9,5	9,3	8,8	...	...	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 730	2 693	2 734	2 948	2 763	2 746	2 646	...	...	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,8	12,6	12,9	13,5	12,6	12,5	12,5	...	...	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	49	48	37	51	34	51	37	...	...	
* je 1 000 Lebendgeborene		19,9	21,7	18,5	24,7	16,3	24,9	19,7	...	...	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 290	- 494	- 730	- 883	- 671	- 695	- 770	...	...	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 1,4	- 2,3	- 3,4	- 4,0	- 3,1	- 3,2	- 3,6	...	...	
<b>Wanderungen</b>											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 527	8 280	7 377	6 169	7 838	8 618	...	...	...	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 530	6 468	6 594	5 698	6 623	8 487	...	...	...	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 997	+ 1 812	+ 783	+ 471	+ 1 215	+ 1 31	...	...	...	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 400	10 318	10 423	9 457	11 524	11 766	...	...	...	
Wanderungsfälle	Anzahl	25 456	25 066	24 394	21 324	25 985	28 871	...	...	...	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		168	165	164	140	171	185	...	...	...	
<b>Arbeitslage</b>											
*Arbeitslose	1 000	12	14	19	27	34	32	39	45	54	
darunter *Männer	1 000	7	8	10	16	21	18	22	27	34	
Offene Stellen	1 000	19	20	14	11	12	10	8	8	9	
darunter für Männer	1 000	11	13	10	7	8	7	5	4	5	
<b>Landwirtschaft</b>											
<b>Viehbestand</b>											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 421 <sup>a</sup>	1 496 <sup>a</sup>	.	1 496	.	.	p 1 508	.	.	
darunter *Milchkühe											
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	498 <sup>a</sup>	504 <sup>a</sup>	.	504	.	.	p 495	.	.	
*Schweine	1 000	1 598 <sup>a</sup>	1 659 <sup>a</sup>	.	1 659	.	.	p 1 567	.	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	161 <sup>a</sup>	168 <sup>a</sup>	.	168	.	.	p 168	.	.	
darunter *trächtig	1 000	100 <sup>a</sup>	111 <sup>a</sup>	.	111	.	.	p 111	.	.	
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	29	31	47	29	35	54	45	32	38	
*Kälber	1 000 St.	2	1	1	1	2	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	205	200	215	196	221	232	228	212	231	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	8 <sup>b</sup>	7 <sup>c</sup>	12	12	13	7	15	12	13	
<b>*Schlachtsmengen<sup>5)</sup> aus gewerblichen Schlachtungen</b>											
(ohne Geflügel)	1 000 t	23,7	24,2	28,8	22,4	26,8	34,5	30,0	25,3	29,0	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	7,2	8,0	11,6	7,2	9,0	14,9	11,7	8,3	10,0	
*Kälber	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	16,3	16,1	17,1	15,0	17,7	19,3	18,1	16,8	18,8	
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>											
Rinder (ohne Kälber)	kg	257	264	266	262	268	284	278	271	273	
Kälber	kg	78	95	98	100	97	102	100	100	93	
Schweine	kg	83	83	84	82	85	86	85	84	86	
<b>Geflügel</b>											
Eingelegte Bruteier 6)	*für Legehennenküken	1 000	518	515	520	467	527	548	460	390	481
	*für Masthühnerküken	1 000	877	879	949	581	934	871	946	995	1 006
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	843	825	785	666	910	806	752	639	835	
<b>*Milcherzeugung</b>											
1 000 t		178	181	138	168	185	120	142	167	184	
darunter *an Meiereien geliefert	%	92	93	93	92	93	92	93	93	93	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,0	11,8	9,2	10,8	12,0	7,8	9,4	10,8	12,0	

\* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

c) Winterhalbjahr 1973/74 = 10



noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973/74			1974/75			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
<b>Industrie und Handwerk</b>										
<b>Industrie<sup>8)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	188	187	189	186	185	187	185	183	180
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	139	138	139	137	136	136	134	132	129
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 242	22 249	23 942	20 666	21 743	22 880	21 913	19 324	20 123
*Löhne (brutto)	Mill. DM	185,9	208,6	246,2	218,5	208,0	233,6	258,6	237,9	213,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	85,0	97,5	117,0	117,4	100,0	110,2	134,8	133,2	113,3
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>9)</sup>	20	28	31	34	31	32	32	30	32
*Gasverbrauch (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,3	13,8	15,8	16,6	14,7	14,9	15,0	14,5	16,8
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4,0	3,5	3,0	3,9	3,1	3,1	3,2	3,0	5,6
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	9,4	10,3	12,8	12,7	11,6	11,8	11,9	11,6	11,2
*Heizölverbrauch	1 000 t	95	100	117	108	104	108	100	92	86
*leichtes Heizöl	1 000 t	20	21	24	23	23	20	21	19	21
*schweres Heizöl	1 000 t	75	79	93	86	81	88	79	73	64
*Stromverbrauch	Mill. kWh	165	177	192	173	168	198	190	169	168
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	36	47	47	41	41	38	41	39
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) <sup>10)</sup>	Mill. DM	1 273	1 439	1 686	1 655	1 504	1 893	1 966	1 749	1 525
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	200	242	243	352	238	321	327	306	309
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	172	184	205	181	176	202	202	190	...
*Bergbau	1962=100	109	100	97	95	96	83	77	77	...
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	179	200	216	167	178	201	189	171	...
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	192	206	233	220	208	261	256	277	...
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	208	220	245	228	200	209	221	196	...
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	134	139	157	136	137	150	157	127	...
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	144	143	140	89	119	149	141	103	...
<b>Handwerk (Metziffern)<sup>11)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970=100	97,0	96,7	.	95,0	.	.	.	90,4	.
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	126,7	132,2	.	152,0	.	.	.	159,4	.
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	266	290	304	321	343	309	310	322	361
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	545	582	655	691	698	643	677	686	714
*Gaserzeugung (brutto) (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	11	10	11	13	12	8	9	9	9
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 896	61 242	59 324	57 567	56 368	55 294	52 529	51 165	49 042
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 347	7 906	7 505	4 332	6 669	8 420	6 885	4 993	6 083
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 774	3 576	3 303	1 901	2 939	3 465	2 774	2 045	2 513
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 347	1 342	1 287	805	1 107	1 293	1 087	825	1 049
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 047	2 790	2 672	1 505	2 457	3 347	2 772	1 941	2 360
*Löhne (brutto)	Mill. DM	83,2	90,2	88,3	57,4	76,1	104,5	86,6	68,5	74,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	9,7	11,3	13,3	14,4	10,9	12,0	14,1	14,8	11,1
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	256,4	282,0	296,5	452,0	179,2	293,4	375,5	439,3	201,6

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe



noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973/74			1974/75			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
<b>noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	991	946	620	439	421	781	595	457	...
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	874	853	557	400	376	744	557	405	...
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 124	1 018	715	442	572	686	532	547	...
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	180 223	177 561	126 037	80 028	92 730	131 904	102 620	100 899	...
*Wohnfläche	1 000 qm	212	193	136	85	112	121	98	104	...
<b>*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)</b>										
*umbauter Raum	1 000 cbm	716	775	740	372	378	719	647	715	...
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	79 651	90 227	101 480	31 526	54 137	86 605	106 758	91 555	...
*Nutzfläche	1 000 qm	126	141	146	63	80	135	124	108	...
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 854	2 305	1 702	1 042	1 668	1 425	1 112	1 300	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohnungen 12)	Anzahl	2 629	2 937	2 479	20 226	608	2 166	1 731	15 497	...
Wohnräume	Anzahl	10 797	11 336	10 704	74 330	2 766	8 804	7 692	63 970	...
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	251,0	279,8	427,0	308,6	432,8	421,3	401,2	389,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	27,2	32,5	37,3	26,3	48,3	58,6	47,8	35,7	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	223,8	247,3	389,7	282,3	384,6	362,7	353,4	353,4	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	4,8	5,9	7,4	5,7	8,0	10,4	9,0	7,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	9,9	19,7	28,0	18,9	39,3	35,9	44,8	62,2	...
*Fertigwaren	Mill. DM	209,2	221,7	354,3	257,6	337,2	316,4	299,6	283,5	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	16,4	21,0	22,5	20,9	25,6	31,6	26,5	23,5	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	192,7	200,7	331,8	236,8	311,7	284,8	273,1	259,9	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	68,6	122,3	147,9	119,9	256,3	186,2	183,6	140,0	...
darunter Italien	Mill. DM	20,1	22,9	25,4	20,4	20,3	29,8	21,5	17,0	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	25,6	26,8	25,5	161,2	52,5	33,6	32,0	...
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,3	22,0	26,4	25,5	23,3	27,5	37,1	31,1	...
Großbritannien	Mill. DM	40,3	18,4	32,9	10,7	16,0	23,5	51,7	21,6	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	89,9	65,4	155,4	89,9	61,6	64,2	55,8	61,0	...
darunter Norwegen	Mill. DM	5,0	27,5	121,0	6,5	19,1	16,0	5,5	10,5	...
Schweden	Mill. DM	8,3	19,0	13,5	65,3	18,9	19,5	25,4	26,6	...
<b>Handel mit Berlin (West)</b>										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	124,7	133,6	144,1	172,3	121,0	148,1	154,7	183,1	...
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	111,5	119,2	86,3	99,3	81,5	120,9	103,3	116,9	...
<b>Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden</b>										
*Fremdenmeldungen	1 000	187	200	79	69	65	143	91	79	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	18	9	6	5	15	9	7	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 537	1 659	287	267	253	698	330	321	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	41	37	19	14	13	32	18	16	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Seeschifffahrt <sup>13)</sup></b>										
Güterempfang	1 000 t	1 053	1 121	1 030	1 029	1 003	1 367	...	...	...
Güterversand	1 000 t	307	399	506	483	481	513	...	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
*Güterempfang	1 000 t	243	236	278	212	246	219	234	182	201
*Güterversand	1 000 t	362	327	364	237	300	323	275	180	213
<b>*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge</b>										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 122	7 522	5 301	3 381	4 689	6 716	5 569	4 870	...
*Personenkraftwagen 14)	Anzahl	63	92	18	10	33	29	23	24	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 234	6 693	4 769	2 933	4 154	6 008	5 095	4 345	...
	Anzahl	445	386	255	206	261	271	209	249	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 502	1 428	1 518	1 185	966	1 426	1 467	1 467	p 1 101
*Getötete Personen	Anzahl	71	61	86	36	30	48	72	78	p 62
*Verletzte Personen	Anzahl	2 023	1 891	1 984	1 516	1 207	1 834	1 916	1 884	p 1 392

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen



noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973/74			1974/75			
		Monats- durchschnitt <sup>d)</sup>		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen<sup>15)</sup></b>										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	20 540	23 133	22 627	23 133	23 208	24 438	25 583	24 984	...
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	19 793	22 352	21 889	22 352	22 418	23 540	23 663	24 024	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 466	4 903	4 745	4 903	4 895	5 049	4 986	5 176	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 430	4 882	4 718	4 882	4 874	5 027	4 953	5 147	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	36	21	27	21	22	22	33	29	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 794	2 068	2 016	2 068	2 039	2 160	2 187	2 215	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 698	1 925	1 876	1 925	1 902	1 995	2 001	2 028	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	96	143	139	143	137	165	186	187	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	13 533	15 382	15 129	15 382	15 485	16 330	16 491	16 633	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 525	12 934	12 798	12 934	13 016	13 733	13 884	13 944	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 007	2 448	2 331	2 448	2 468	2 598	2 607	2 689	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>16)</sup> von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	16 149	18 446	17 778	18 446	18 471	19 435	19 795	20 182	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 817	10 614	10 467	10 614	10 668	11 368	11 667	11 529	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 247	6 645	6 642	6 645	6 742	7 270	7 538	7 374	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 570	3 969	3 826	3 969	3 925	4 098	4 129	4 155	...
*Spareinlagen	Mill. DM	7 332	7 832	7 310	7 832	7 804	8 067	8 128	8 654	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 495	4 686	4 452	4 686	4 664	4 826	4 856	5 169	5 193
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	395	411	368	412	567	418	396	987	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	326	380	359	413	595	355	336	461	...
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	13	16	17	39	20	25	19	20	20
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,9	1,3	3	3	4	-	4	2	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	393	437	517	549	511	617	471	437	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,131	1,541	2,692	1,667	1,591	3,135	2,594	1,928	...
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	314 873	373 472	426 521	616 629	405 996	344 934	442 437	745 847	393 288
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	221 614	278 599	328 344	527 352	293 907	245 830	326 213	639 607	266 448
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	149 077	186 403	316 893	255 681	245 338	262 591	291 133	349 668	220 717
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 557	72 222	-10 199	235 918	37 029	32 577	24 012	214 124	36 214
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 700	2 004	491	615	6 352	3 291	902	2 681	6 562
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	12 280	17 970	21 159	35 138	11 042	7 371	10 167	73 134	2 955
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	93 259	94 873	98 177	89 277	112 089	99 103	116 224	106 240	126 840
*Umsatzsteuer	1 000 DM	69 991	68 131	68 488	61 948	85 417	61 849	72 045	69 710	91 491
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	23 268	26 742	29 689	27 329	26 673	37 254	44 179	36 531	35 349
*Bundessteuern	1 000 DM	101 340	116 332	133 726	172 386	110 745	49 860	46 588	65 301	45 088
*Zölle	1 000 DM	10 910	10 676	10 741	10 654	9 105	11 521	11 538	9 774	52 546
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	85 163	99 163	118 887	148 975	96 027	33 107	30 082	39 338	39 028
*Landessteuern	1 000 DM	28 267	30 039	39 731	20 734	32 689	29 332	39 111	23 586	33 256
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 700	16 830	1 674	2 202	1 656	17 031	3 115	1 573
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	16 236	17 414	16 762	12 276	24 335	19 804	15 959	14 364	25 055
*Biersteuer	1 000 DM	1 018	951	655	755	987	1 055	918	1 083	715
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	156 174 <sup>+</sup>	187 078 <sup>+</sup>	.	209 655	.	.	.	...	.
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 177 <sup>+</sup>	7 114 <sup>+</sup>	.	6 698	.	.	.	...	.
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	24 119 <sup>+</sup>	26 496 <sup>+</sup>	.	25 421	.	.	.	...	.
*Gewerbsteuer	1 000 DM	97 117 <sup>+</sup>	121 447 <sup>+</sup>	.	146 040	.	.	.	...	.
nach Ertrag und Kapital (brutto) <sup>20)</sup>	1 000 DM	14 210 <sup>+</sup>	15 929 <sup>+</sup>	.	16 248	.	.	.	...	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	14 210 <sup>+</sup>	15 929 <sup>+</sup>	.	16 248	.	.	.	...	.
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften</b>										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	257 467	296 497	288 229	482 359	291 505	247 760	222 064	440 189	244 236
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	88 868	110 391	90 688	229 264	103 925	106 453	102 255	200 338	115 239
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	60 653	61 668	63 815	58 030	70 616	62 177	73 221	66 932	78 994
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	-	22 680	6 219	29 269	-	27 618	4 915
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	201 260	232 862	287 173	348 011	265 613	229 477	285 719	396 357	241 077
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	102 089	129 683	183 099	229 264	146 175	106 453	170 597	280 338	115 239
*Anteil an den Steuern vom Umsatz <sup>21)</sup>	1 000 DM	64 297	65 034	64 343	53 333	80 530	64 423	76 010	64 814	87 668
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 607	8 106	-	22 680	6 219	29 269	-	27 618	4 915
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	207 218 <sup>+</sup>	250 030 <sup>+</sup>	.	338 824	.	.	.	...	.
*Gewerbsteuer	1 000 DM	57 480 <sup>+</sup>	72 809 <sup>+</sup>	.	53 575	.	.	.	...	.
nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>22)</sup>	1 000 DM	57 480 <sup>+</sup>	72 809 <sup>+</sup>	.	53 575	.	.	.	...	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	90 682 <sup>+</sup>	111 589 <sup>+</sup>	.	221 634	.	.	.	...	.



Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1972	1973	1973/74			1974/75			
				Monats- durchschnitt	Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Preise</b>										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	99,8	112,6	121,7	126,7	141,6	146,6	146,0	144,3	...
Ausfuhrpreise	1970=100	105,5	112,3	115,7	117,1	122,9	135,2	135,3	134,8	...
Grundstoffpreise <sup>23)</sup>	1962=100	108,9	120,3	127,6	130,6	137,1	145,6	144,6	143,7	...
Erzeugerpreise										
Industrieller Produkte <sup>23)</sup>	1970=100	107,0	114,1	117,3	118,3	121,8	132,9	133,0	133,0	...
landwirtschaftlicher Produkte <sup>23)</sup>	1961/63=100	118,7 <sup>e</sup>	118,8 <sup>f</sup>	122,7	124,5	120,6	116,3 <sup>p</sup>	118,9 <sup>p</sup>	119,4 <sup>p</sup>	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude <sup>24)</sup>	1962=100	174,3	187,1	189,8	.	.	.	203,4	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) <sup>23)</sup>	1962/63=100	127,3 <sup>e</sup>	139,8 <sup>f</sup>	134,9	138,0	140,2	146,3	147,8	145,6	...
Einzelhandelspreise	1962=100	123,7	131,6	134,4	135,0	136,3	144,4	145,8	146,3	147,5
*Preisindex für die Lebenshaltung <sup>25)</sup>	1970=100	111,1	118,8	121,8	122,9	123,7	128,8	129,7	130,1	131,3
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	109,7	118,0	119,1	120,0	121,4	123,8	124,8	125,4	126,5
Kleidung, Schuhe	1970=100	112,3	120,7	124,2	124,5	125,3	132,3	133,6	133,9	134,3
Wohnungsmieten	1970=100	112,5	119,2	121,3	121,6	122,6	126,5	126,9	127,1	128,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	110,1	128,2	149,9	161,3	153,4	153,0	153,5	153,0	158,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	109,7	114,3	116,3	117,0	118,9	125,6	127,6	128,3	129,4
<b>Löhne und Gehälter<sup>26)</sup></b>										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	369	402	.	.	397	...	.	.	...
darunter *Facharbeiter	DM	390	426	.	.	421	...	.	.	...
*weibliche Arbeiter	DM	218	241	.	.	253	...	.	.	...
darunter *Hilfsarbeiter	DM	210	232	.	.	242	...	.	.	...
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	8,32	9,11	.	.	9,23	...	.	.	...
darunter *Facharbeiter	DM	8,84	9,67	.	.	9,78	...	.	.	...
*weibliche Arbeiter	DM	5,38	5,98	.	.	6,21	...	.	.	...
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,21	5,75	.	.	5,92	...	.	.	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,4	44,0	.	.	43,0	...	.	.	...
weibliche Arbeiter	Std.	40,5	40,2	.	.	40,7	...	.	.	...
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 792	2 009	.	.	2 076	...	.	.	...
*weiblich	DM	1 194	1 355	.	.	1 398	...	.	.	...
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 923	2 196	.	.	2 233	...	.	.	...
*weiblich	DM	1 218	1 321	.	.	1 385	...	.	.	...
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 533	1 796	.	.	1 813	...	.	.	...
*weiblich	DM	953	1 129	.	.	1 155	...	.	.	...
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 704	1 708	.	.	2 080	...	.	.	...
weiblich	DM	(1 112)	1 384	.	.	1 500	...	.	.	...
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 615	1 861	.	.	1 896	...	.	.	...
weiblich	DM	1 019	1 184	.	.	1 215	...	.	.	...
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 909	2 151	.	.	2 217	...	.	.	...
weiblich	DM	1 213	1 325	.	.	1 388	...	.	.	...

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassensämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

19) einschließlich Grundsteuerbefürhen für Arbeiterwohnstätten

20) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969. Einfuhrumsatzsteuer; Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

e) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)



# Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>1)</sup>				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000		in 1 000				
1969	2 545	7,5	15,9	12,8	8	21	992	117	373	214	288
1970	2 494 <sup>a</sup>	7,5	14,1	13,2	2	24	1 003	115	386	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	377	216	293
1972	2 554	6,4	11,5	12,8	- 3	24	1 006 <sup>b</sup>	85 <sup>b</sup>	395 <sup>b</sup>	210 <sup>b</sup>	317 <sup>b</sup>
1973	2 573	5,9	10,3	12,6	- 6	22	1 017 <sup>b</sup>	75 <sup>b</sup>	387 <sup>b</sup>	223 <sup>b</sup>	333 <sup>b</sup>

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen		
	Schüler am 20.9. <sup>2)</sup>			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gymnasien	mit weniger als Haupt- schul- abschluß	mit Haupt- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate	
in 1 000							in %		in Mill. DM	
1969	236	49	49	21	45	24	10	20 126 <sup>b</sup>	8,8 <sup>b</sup>	16 244 <sup>b</sup>
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 878 <sup>b</sup>	13,7 <sup>b</sup>	17 438 <sup>b</sup>
1971	256	56	54	23	42	25	11	25 498 <sup>b</sup>	11,5 <sup>b</sup>	18 039 <sup>b</sup>
1972	262	61	60	...	...	...	...	28 098 <sup>c</sup>	10,2 <sup>c</sup>	18 655 <sup>c</sup>
1973	267	66	65	...	...	...	...	31 440 <sup>c</sup>	11,9 <sup>c</sup>	19 629 <sup>c</sup>

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3.12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung <sup>5)</sup>		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner <sup>4)</sup>	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter <sup>3)</sup> Milchkühe									
in 1 000				in 1 000							
1969	1 430	518	1 680	4 966	418	2 679	2 210	4 262	1 511	260	487
1970	1 407	493	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565
1971	1 364	477	1 667	4 946	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596
1972	1 421	498	1 598	5 012	386	2 756	2 137	4 381	1 679	264	611
1973	1 496	504	1 659	4 746	415	2 661	2 166	4 323	1 710	242	628

Jahr	Industrie <sup>6)</sup>											Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz <sup>7)</sup>		Energieverbrauch			Produktions- index 9)	
	insgesamt	Arbeiter				Bruttosumme in Mill. DM	insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 8)	Heizöl		
	in 1 000		in Millionen	1 000 t								
						Mill. DM		1 000 t		1962=100	Beschäftigte 10) am 30.6.	
1969	184	141	278	1 550	674	11 797	1 383	490	1 058	842	157	63
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	163	64
1971	191	143	279	2 084	909	14 365	1 975	312	1 124	895	169	64
1972	188	139	267	2 231	1 020	15 275	2 399	245	1 142	897	172	63
1973	187	140	267	2 503	1 170	17 270	2 904	332	1 201	952	184	63

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen, ohne Soldaten

2) ohne integrierte Gesamtschulen, und zwar 1972 rund 1 300 Schüler und 1973 rund 1 250 Schüler

3) bis 1969 einschließlich, ab 1970 ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebiethlichen Versandes, ohne übergebiethlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

8) Umrechnungsfaktor für Steinkohleeinheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69

9) arbeitstäglich

10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27.5.1970

b) vorläufige Ergebnisse

c) erste vorläufige Ergebnisse



# Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Oktober 1974			Bevölkerungsveränderung im Oktober 1974			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1975	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw <sup>2)</sup>
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	94 776	- 0,0	- 0,9	- 41	32	- 9	26 251	23 936
KIEL	263 784	- 0,1	- 0,6	- 97	- 41	- 138	74 124	67 532
LÜBECK	234 939	- 0,0	- 0,6	- 106	26	- 80	62 366	56 203
NEUMÜNSTER	85 790	- 0,0	- 0,8	- 44	30	- 14	26 275	23 433
Dithmarschen	132 182	- 0,1	- 0,9	- 26	- 72	- 98	47 195	36 654
Hzgt. Lauenburg	150 928	+ 0,0	+ 0,5	- 55	125	70	48 514	41 034
Nordfriesland	162 301	- 0,2	+ 0,3	- 26	- 288	- 314	58 473	46 458
Ostholstein	186 119	- 0,1	- 0,2	- 94	- 38	- 132	60 503	50 527
Pinneberg	253 434	- 0,0	+ 0,1	- 35	- 43	- 78	81 873	71 407
Plön	113 332	- 0,0	+ 0,2	- 40	21	- 19	41 934	34 592
Rendsburg-Eckernförde	235 558	- 0,1	+ 0,9	- 29	- 136	- 165	81 791	66 826
Schleswig-Flensburg	176 161	- 0,0	+ 0,5	- 24	- 41	- 65	66 236	52 124
Segeberg	191 944	+ 0,2	+ 2,6	9	321	330	72 841	61 359
Steinburg	131 597	- 0,2	- 0,9	- 39	- 181	- 220	45 103	36 390
Stormarn	172 116	+ 0,2	+ 1,5	- 48	416	368	56 683	50 849
Schleswig-Holstein	2 584 959	- 0,0	+ 0,2	- 695	131	- 564	852 162	719 324

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie <sup>3)</sup>			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1975 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31.12.1974	Beschäftigte am 31.12.1974	Umsatz <sup>4)</sup>	Unfälle	Getötete <sup>5)</sup>	Verletzte
			im Dezember 1974 Mill. DM			
FLENSBURG	59	8 846	134	33	1	42
KIEL	146	30 203	200	110	3	137
LÜBECK	142	28 024	300	104	5	131
NEUMÜNSTER	73	10 339	45	43	1	54
Dithmarschen	62	6 318	150	57	6	75
Hzgt. Lauenburg	98	8 925	52	76	5	105
Nordfriesland	45	2 402	34	72	5	86
Ostholstein	74	5 870	43	85	7	110
Pinneberg	235	23 207	183	90	3	105
Plön	40	2 493	22	42	2	51
Rendsburg-Eckernförde	131	11 188	87	101	4	130
Schleswig-Flensburg	68	4 445	71	73	7	110
Segeberg	183	14 838	132	92	6	108
Steinburg	94	10 203	86	49	4	59
Stormarn	138	15 838	209	74	3	89
Schleswig-Holstein	1 588	183 139	1 749	1 101	62	1 392

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 10. 1974

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11



# Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1974			Offene Stellen am 31.12. 1974	Kuhmilcherzeugung im November 1974			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 2.8.1974	Rindvieh am 31.5.1974	
		VZ 1961	30.9.1973						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 586	+ 11,6	+ 0,2	8	142	92,5	9,4	1 799	1 587	490
Hamburg	1 739	- 5,1	- 0,9	9	1	87,1	8,6	14	18	4
Niedersachsen	7 268	+ 9,5	+ 0,2	19	255	89,2	8,2	6 486	3 206	1 029
Bremen	726	+ 2,8	- 0,7	4	1	79,5	8,0	7	19	5
Nordrhein-Westfalen	17 228	+ 8,3	- 0,1	58	189	92,3	9,1	4 687	2 077	704
Hessen	5 580	+ 15,9	+ 0,1	21	92	81,1	9,4	1 563	947	333
Rheinland-Pfalz	3 695	+ 8,1	- 0,2	8	64	81,4	8,5	739	714	247
Baden-Württemberg	9 238	+ 19,1	+ 0,0	30	193	76,3	9,1	2 283	1 849	702
Bayern	10 853	+ 14,1	+ 0,0	27	515	88,0	8,9	4 675	4 643	1 922
Saarland	1 106	+ 3,1	- 0,8	2	8	73,7	9,6	73	77	28
Berlin (West)	2 029	- 7,7	- 1,0	8	0	24,1	15,3	8	1	1
Bundesgebiet	62 048	+ 10,4	- 0,1	194	1 461	86,8	8,9	22 334	15 138	5 463

Land	Industrie <sup>1)</sup>				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Oktober 1974			
	Beschäftigte am 30.11.1974  in 1 000	Umsatz <sup>2)</sup> im November 1974		Produktions- index 3) 1962=100 im November 1974	Beschäftigte am 31.10.1974		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	186	1 966	17	202	55	21	1 425	5,5	2 166	8,4
Hamburg	183	2 276	17	128	36	20	1 011	5,8	1 023	5,9
Niedersachsen	735	6 393	24	165	153	21	4 551	6,3	4 662	6,4
Bremen	101	1 067	19	.	18	24	678	9,3	656	9,0
Nordrhein-Westfalen	2 463	21 250	25	.	328	19	8 745	5,1	13 481	7,8
Hessen	693	4 835	27	.	119	21	3 065	5,5	1 384	2,5
Rheinland-Pfalz	391	3 649	29	256	78	21	2 818	7,6	3 532	9,6
Baden-Württemberg	1 516	10 635	24	198	213	23	5 754	6,2	14 124	15,3
Bayern	1 348	9 510	23	.	267	25	7 026	6,5	7 317	6,7
Saarland	162	1 117	35	.	20	18	498	4,5	480	4,3
Berlin (West)	218	1 527	12	.	39	19	1 500	7,4	1 234	6,1
Bundesgebiet	7 996	64 227	24	184	1 325	21	37 071	6,0	50 059	8,1

Land	*Kfz-Bestand <sup>4)</sup> am 1. Juli 1974			Straßenverkehrsunfälle <sup>6)</sup> mit Personenschaden im November 1974				Bestand an Spar- <sup>7)</sup> einlagen am 30.11.1974	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt	Pkw <sup>5)</sup>		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		in DM je Einwohner	des	des	der
		Anzahl	je 1 000 Einwohner							Landes	Bundes	Gemeinden
	in 1 000								im 3. Vierteljahr 1974			
								in DM je Einwohner				
Schleswig-Holstein	851	718	278	1 467	72	1 916	136	3 144	283	295	...	
Hamburg	531	482	276	1 005	41	1 277	131	5 873	467	2 303	...	
Niedersachsen	2 423	2 025	279	3 536	253	4 674	139	3 890	301	289	...	
Bremen	217	195	269	415	2	516	125	4 463	385	1 181	...	
Nordrhein-Westfalen	5 247	4 668	271	8 229	289	10 791	135	4 486	360	502	...	
Hessen	1 932	1 660	297	2 710	132	3 642	139	5 018	355	444	...	
Rheinland-Pfalz	1 272	1 046	283	1 779	93	2 471	144	4 178	297	331	...	
Baden-Württemberg	3 194	2 692	291	4 107	230	5 832	148	4 678	353	464	...	
Bayern	3 823	3 055	282	4 912	269	6 778	143	4 776	327	392	...	
Saarland	340	302	273	577	27	790	142	3 827	297	325	...	
Berlin (West)	510	462	227	1 192	40	1 536	132	4 119	255	676	...	
Bundesgebiet	20 424 <sup>a)</sup>	17 341 <sup>a)</sup>	280	29 929	1 448	40 223	139	4 484	338	490	...	

\*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

7) ohne Postspareinlagen

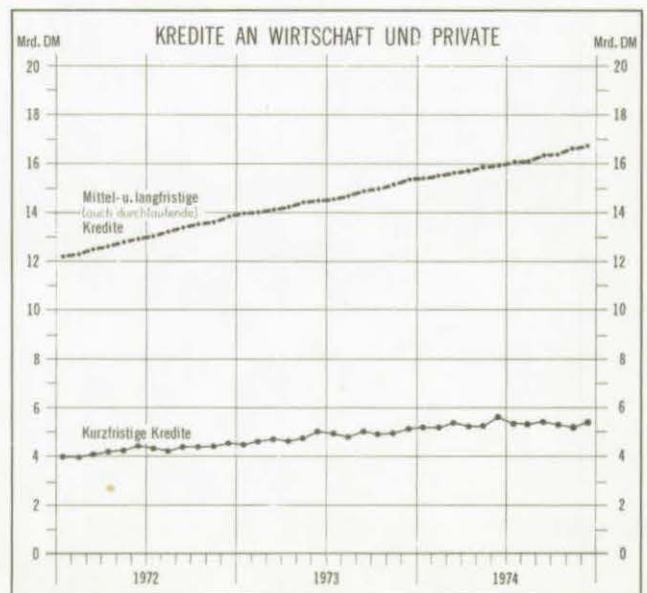
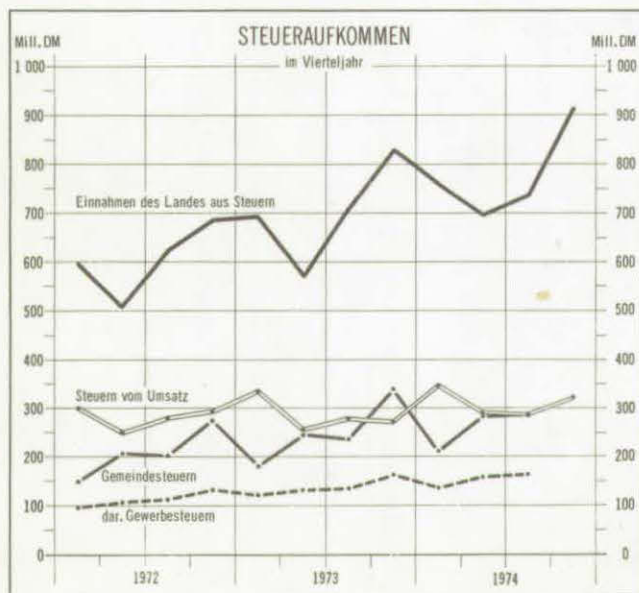
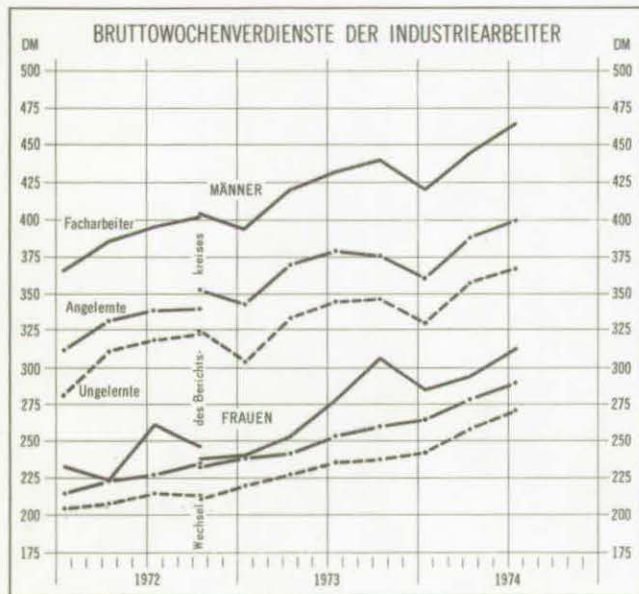
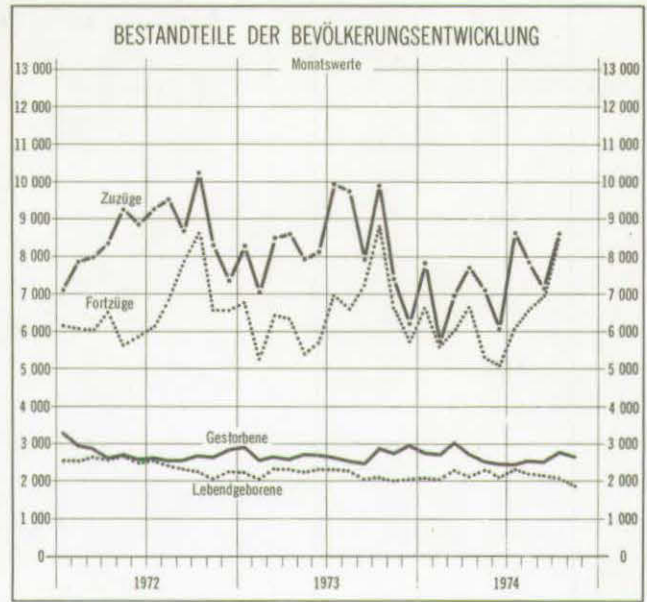
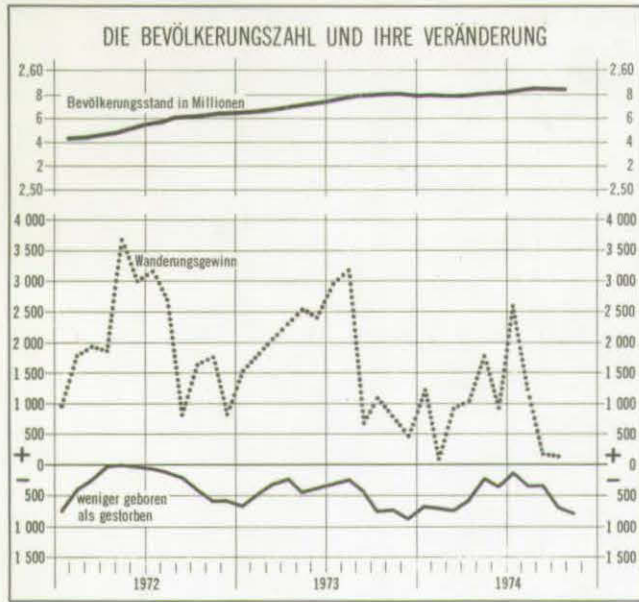
a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

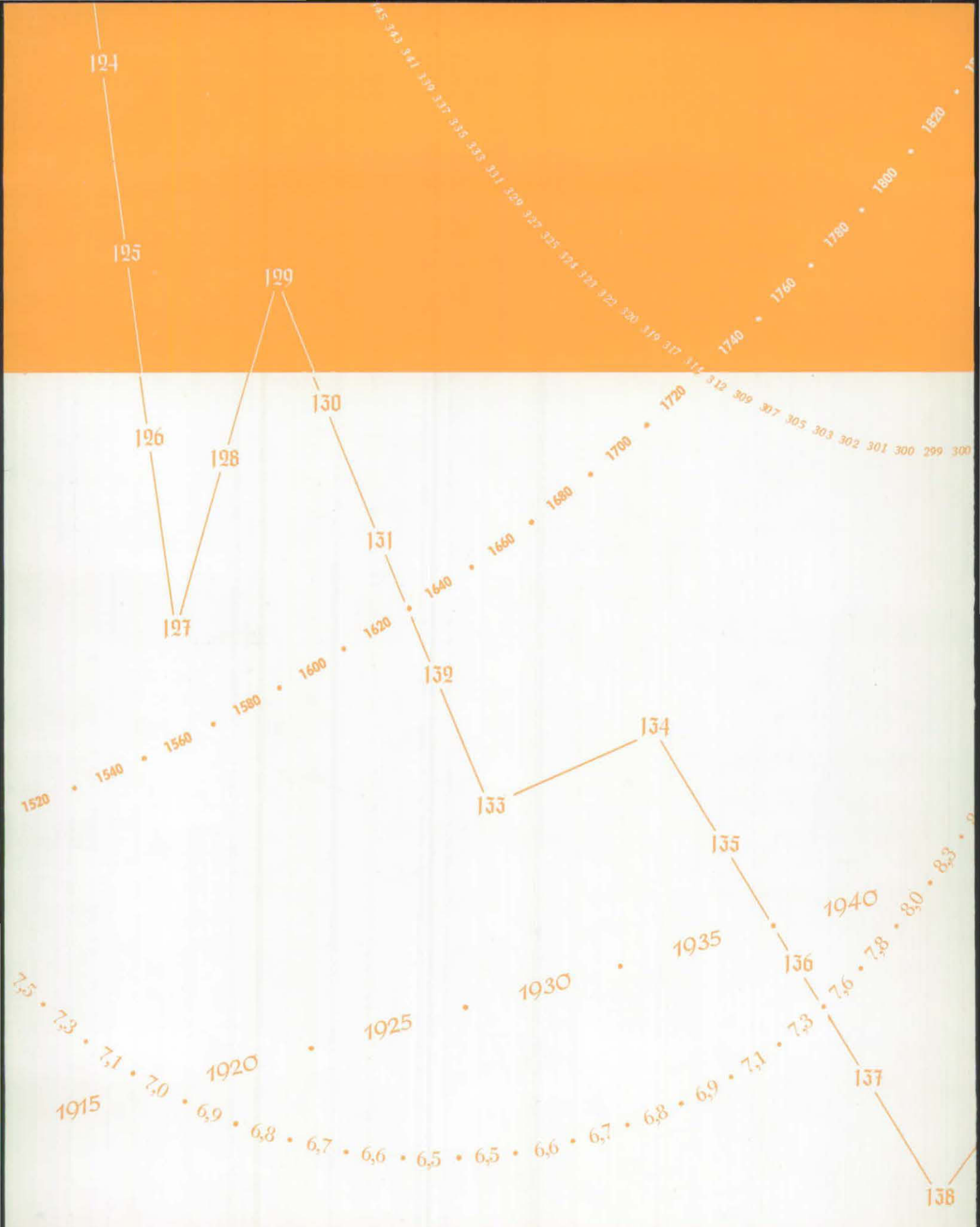


# SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genussmittelindustrie.







Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11  
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheja  
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750  
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM  
 — Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —  
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen